



Presseschau vom 12.03.2022

Quellen: Itar-Tass, Interfax, Ria Novosti, snanews, rusvesna.su, voicesevas.ru, hinzu kommen Informationen der Seiten *dnr-online*, *lnr-portal*, *Novorossia*, *dnr-news*, *novorosinform* u.a. sowie die offiziellen Seiten der Regierungen der Volksrepubliken *dan-news*, *lug-info*. Wir beziehen manchmal auch ukrainische Medien, z.B. *BigMir*, *UNIAN*, *Ukrinform*, *KorrespondenT* und die Online-Zeitung *Timer* aus Odessa ein. Zur besseren Unterscheidung der Herkunft der Meldungen sind Nachrichtenquellen *aus den neuen Volksrepubliken im Donbass in Rot* (*dnr-online*, *lnr-portal*, *Novorossia*, *dan-news*, *lug-info*, *dnr-news*, *novorosinform* u.a.) und *ukrainische Quellen in Blau* (*BigMir*, *Ukrinform*, *UNIAN*, *KorrespondenT* und *Timer*) gekennzeichnet. Die Wiedergabe russischer und anderer Medien erfolgt in schwarzer Farbe. Meldungen *aus Sozialen Netzwerken* sind *violett* gekennzeichnet. Ausgewählt und übersetzt durch das Kollektiv der „Alternativen Presseschau“

Die Online-Version ist unter <https://alternativepresseschau.wordpress.com/> erreichbar.

Außer der Reihe – Lesetipps:

de.rt.com: Live-Ticker zum Ukraine-Krieg

Russland führt eine Militäroperation in der Ukraine durch, die Streitkräfte der Donbass-Republiken sind mit Unterstützung der russischen Truppen auf dem Vormarsch. Der Westen reagiert mit immer neuen Waffenlieferungen an die Ukraine und beispiellosen antirussischen Sanktionen. Hier lesen Sie die neuesten Entwicklungen. ...

<https://kurz.rt.com/2tg9> bzw. [hier](#)

nachdenkseiten.de: **Victoria Nuland: Die Ukraine hat “biologische**

Forschungseinrichtungen” und befürchtet, dass Russland sie beschlagnahmen könnte

Das Geständnis der Neokonservativen wirft ein kritisches Licht auf die Rolle der USA in der Ukraine und wirft wichtige Fragen zu diesen Labors auf, die Antworten verdienen.

Selbsternannte “Faktenprüfer” in der US-Konzernpresse haben zwei Wochen damit verbracht, die Behauptung, die Ukraine verfüge über Biowaffenlabors, entweder allein oder mit Unterstützung der USA, als Desinformation und falsche Verschwörungstheorie zu verhöhnen. Sie haben nie Beweise für ihr Urteil vorgelegt – woher sollten sie das wissen? und wie sollten sie das Gegenteil beweisen? – aber dennoch beriefen sie sich auf ihren typisch autoritären, alles überragenden Ton der Selbstsicherheit und des selbsternannten Rechts, die Wahrheit zu verkünden, und erklärten solche Behauptungen endgültig für falsch.

Von *Glenn Greenwald* in deutscher Übersetzung mit der freundlichen Genehmigung von [Seniora.org](https://www.seniora.org). ...
<https://www.nachdenkseiten.de/?p=81851>

Maria Müller: USA droht ein Öl-Mangel: Regierungsdelegation verhandelt in Venezuela mit Nicolás Maduro

Plötzlich wird sogar der bisher verteilte "Diktator" Nicolás Maduro wieder salonfähig. Eine hochrangige US- Regierungsdelegation reiste zu ihm nach Venezuela, um Gespräche zu führen. Ergebnisse wurden bislang nicht bekannt, doch dass es den USA um Öl geht, ist wohl sicher. Und Maduro hat die Geste aus Washington innenpolitisch den Rücken gestärkt. ...
<https://kurz.rt.com/2v3i> bzw. [hier](#)

de.rt.com: "Erhebliche Bedenken" wegen Impfstoffen: Chemieprofessoren stellen unbequeme Fragen an das PEI

In einem öffentlichen Brief an das Paul-Ehrlich-Institut (PEI) stellen anerkannte Forscher deutscher Universitäten kritische Fragen zu den Nebenwirkungen der gegen COVID-19 eingesetzten mRNA-Impfstoffe, wie die hohe Zahl an Thrombosen und Herzmuskelentzündungen. ...
<https://kurz.rt.com/2v3f> bzw. [hier](#)

Dagmar Henn: Biowaffen: Nur internationale Kontrolle kann Vorwürfe entkräften

Betreiben die USA Biolabore in der Ukraine? Inzwischen ist klar, dass sie das tun. Betreiben diese Labore gefährliche Forschung? Vieles spricht dafür; um dies zu widerlegen, wären Kontrollen erforderlich. Für andere geächtete Waffen gibt es längst solche Mechanismen. ...
<https://kurz.rt.com/2v4m> bzw. [hier](#)

Susan Bonath: "Verfassungswidrig und unangemessen": Wissenschaftler warnen Bundestagsabgeordnete vor Impfpflicht

Kommende Woche könnte der Deutsche Bundestag eine Impfpflicht gegen Corona beschließen. Nun halten dutzende Wissenschaftler dagegen: Ein solcher Vorstoß sei wissenschaftlich und ethisch nicht haltbar, warnen sie die Abgeordneten in einem Brief. Ihre Einschätzung begründen sie ausführlich. ...
<https://kurz.rt.com/2v26> bzw. [hier](#)

Rachel Marsden: Die irre westliche Boykottkultur nimmt eine ganze Nation ins Visier

Inzwischen scheinen wir uns alle daran gewöhnt zu haben, dass "die Redlichen" im Westen hysterische Anfälle kriegen und sich im Stil einer Mädchenclique gegen diejenigen zusammenrotten, von denen sie glauben, dass sie den Status quo ins Wanken gebracht haben. ...
<https://kurz.rt.com/2v27> bzw. [hier](#)

Désirée Stella Lambert: Großer Profiteur des Ukraine-Krieges: Die Rüstungsindustrie

Während die meisten Wirtschaftszweige in Deutschland und Europa wegen des Ukraine-Krieges unter steigenden Energiepreisen und Lieferengpässen leiden und mit Umsatzeinbußen rechnen müssen, erwartet die Rüstungsindustrie riesige Gewinne. ...
<https://kurz.rt.com/2uva> bzw. [hier](#)

Nachtrag vom 10.3.:

Dnr-live.ru: Krim stellt Eisenbahnverbindung zur Ukraine wieder her

Die Eisenbahnverbindung an der Grenze zwischen der Krim und der Oblast Cherson wurde

wiederhergestellt. Dies berichtet ›RIA Nowosti‹ unter Berufung auf Michail Šeremet, einen Abgeordneten der russischen Staatsduma aus der Republik Krim. "Die vor acht Jahren von den ukrainischen Nationalisten an der Grenze zwischen der Krim und der Oblast Cherson bei Armjansk unterbrochene Eisenbahnlinie wurde wiederhergestellt", sagte Šeremet. Die Ukraine hatte am 29. Dezember 2014 den Zug- und Busverkehr über die Grenze zur Krim verunmöglicht.



http://photos.wikimapia.org/p/00/07/74/34/26_1280.jpg

(Bild: wikimapia.org 2020)

abends/nachts:

Dnr-live.ru: Russland will erbeutete Waffen übergeben

Der russische Verteidigungsminister Sergej Schojgu hat dem russischen Präsidenten Wladimir Putin vorgeschlagen, den Streitkräften der Donbass-Volksrepubliken die erbeuteten tragbaren Flugabwehrraketensysteme, Panzerabwehrlenkraketen sowie Panzer und Kleinwaffen des ukrainischen Militärs zu übergeben. "Wir haben eine große Anzahl von Waffen angehäuft: Panzer, gepanzerte Fahrzeuge und alle Arten von Kleinwaffen, eine ganze Menge Artillerie. Darüber hinaus gibt es viele Javelin- und Stinger-Systeme. Es wird vorgeschlagen, diese der Lugansker und der Donezker Volksrepublik zu übergeben, damit sie sich effektiv verteidigen können", sagte Schojgu auf einer Sitzung des Sicherheitsrates der Russischen Föderation. Putin unterstützte den Vorschlag Schojgus.

"Was die Lieferung von Waffen, auch aus westlicher Produktion, anbelangt, die in die Hände der russischen Armee gelangt sind, so unterstütze ich es natürlich, diese an die militärischen Einheiten der LVR und der DVR weiterzugeben. Bitte tun Sie das. Wenn hier auf meiner Ebene dazu noch Entscheidungen getroffen werden müssen, bin ich gerne bereit", antwortete Putin.



<https://dnr-live.ru/wp-content/uploads/2022/03/trofeynaya-tehnika-960x540.jpg>

20:38 de.rt.com: **USA und ihre Verbündeten entziehen Russland den Status der "meistbegünstigten Nation" im Handel**

Einige führende Wirtschaftsmächte der Welt haben einen weiteren Schritt unternommen, um Moskau zu sanktionieren. Sie haben beschlossen, Russland den Status der "meistbegünstigten Nation" im Handel abzuerkennen. Damit soll der Warenaustausch dieser Staaten mit Russland weiter erschwert werden.

US-Präsident Joe Biden erklärte am Freitag, die Vereinigten Staaten, die Europäische Union und die Gruppe der Sieben (G7) hätten beschlossen, Russland wegen seiner Offensive in der Ukraine den Status der "meistbegünstigten Nation" im Handel zu entziehen. Er kündigte an, dass Washington auch ein Einfuhrverbot für Alkohol, Diamanten und Meeresfrüchte aus dem Land verhängen werde.

Biden zufolge werde der russische Präsident Wladimir Putin auf diese Weise "noch stärker für seine Aggression gegen die Ukraine zur Verantwortung gezogen". Er verkündete:

"Jede unserer Nationen wird Maßnahmen ergreifen, um Russland den Status der 'meistbegünstigten Nation' zu entziehen. Der Status der meistbegünstigten Nation bedeutet, dass sich zwei Länder darauf geeinigt haben, unter den bestmöglichen Bedingungen miteinander Handel zu treiben: niedrige Zölle, wenige Handelshemmnisse und die höchstmöglichen erlaubten Importe."

"In den Vereinigten Staaten nennen wir dies permanente normale Handelsbeziehungen, PNTR, aber es ist dasselbe. Die Aufhebung der PNTR für Russland wird es Russland erschweren, mit den Vereinigten Staaten Geschäfte zu machen, und wenn wir dies im Einklang mit anderen Nationen tun, die die Hälfte der Weltwirtschaft ausmachen, wird dies ein weiterer vernichtender Schlag für die russische Wirtschaft sein, die bereits sehr unter unseren Sanktionen leidet."

Biden fügte hinzu, dass weitere Restriktionen gegen Russland folgen würden und dass der US-Kongress rasch neue Gesetze einführen werde. Die Europäische Union und die G7-Staaten würden vergleichbare Maßnahmen ergreifen. Kanada habe Russland bereits letzte Woche den Status der "meistbegünstigten Nation" entzogen. In der Zwischenzeit haben sich die G7 darauf geeinigt, Russland den Zugang zu Finanzierungen durch internationale Organisationen, einschließlich des IWF, zu verwehren, so das Weiße Haus.

Nach Angaben des Büros des US-Handelsbeauftragten war Russland im Jahr 2019 der 26. größte Handelspartner der USA. Im Jahr 2021 beliefen sich die russischen Ausfuhren in die Vereinigten Staaten auf fast 30 Milliarden US-Dollar, wobei der Großteil davon Energieerzeugnisse umfasste.



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.03/article/622b95ccb480cc6760472f73.jpg>

wpered.su: „Nadeshda Donbassa“ übergab humanitäre Hilfe für Soldaten

Eine Vertreterin der gesellschaftlichen Bewegung „Frauenverband – Nadeshda Donbassa“ übergab humanitäre Hilfe für Soldaten, teilt ein Korrespondent von „Wperjod“ mit. Die Leiterin der internationalen Abteilung der Frauenbewegung Nadeshda Retinskaja brachte Kleidung, in den Koordinationsstab, Handtücher, Kissen und Medikamente zum Koordinationsstab, der sich im Büro des „Frauenverbands von Donezk“ befindet. Wir erinnern daran, dass die Soldaten weiter warme Kleidung, Decken, Medikamente, Verbandsmaterial und haltbare Lebensmittel benötigen. Außerdem leistet der Stab Menschen, die von den Kampfhandlungen betroffen sind, humanitäre Hilfe, im Zusammenhang damit werden Kleidungsstücke und Schuhe angenommen. Die Leiterin des Stabs der Union sowjetischer Offiziere und Verteidiger des des Donbass ist Nelli Wladimirowna Taraban. Die Adresse des Büros des „Frauenverbands von Donezk“ ist Uliza Universitetskaja 71.

21:13 de.rt.com: EU-Spitzendiplomat Borrell: Der Westen hat in den Beziehungen zu Russland Fehler gemacht

Der EU-Außenbeauftragte Josep Borrell hat Fehler des Westens im Umgang mit Russland eingeräumt. Dazu zählte er unter anderem die Zusicherungen an die Ukraine, sie in die NATO aufzunehmen.

Der Hohe Vertreter der Europäischen Union für Außen- und Sicherheitspolitik Josep Borrell hat eingeräumt, dass der Westen in seinen Beziehungen zu Russland Fehler gemacht hat. In einem Gespräch mit dem französischen Fernsehsender TF1 sagte Borrell am Donnerstag, er sei "bereit zuzugeben, dass wir eine Reihe von Fehlern gemacht und die Chance verpasst haben, uns Russland anzunähern". Der ranghöchste EU-Diplomat räumte weiter ein, dass es Dinge gebe, "die wir hätten besser machen können", sowie "Dinge, die wir angeboten und dann nicht realisiert haben, wie ... Versprechen, dass die Ukraine und Georgien Teil der NATO werden würden". Er sei der Ansicht, dass es ein Fehler sei, "Versprechungen zu machen, die man nicht einhalten kann".

Er wies auch darauf hin, dass "die Russen nach dem Zusammenbruch des Sowjetimperiums schwer gelitten haben", was in seinen Augen "eine Art von Groll hervorgerufen hat, den Putin ausnutzt".

Der größte Teil des Interviews war jedoch der scharfen Kritik an Russlands Militäraktion gegen die Ukraine gewidmet, die Moskau am 24. Februar begonnen hatte.

Borrell bezeichnete die Offensive des Kremls als einen "völlig ungerechtfertigten und grundlosen Krieg, der immer brutaler wird und für die zivilisierte Welt völlig inakzeptabel ist". Er warnte, dass "wir eine neue Seite in der Geschichte Europas, eine neue Seite in der

globalen Geopolitik betreten haben". Der EU-Außenbeauftragte fügte hinzu, er erwarte, dass sich die Beziehungen zu Russland "nach dem, was gerade geschehen ist, radikal verändern werden".

Der Diplomat warf den russischen Streitkräften vor, bei ihren Angriffen auf ukrainische Städte die Anwesenheit von Zivilisten zu ignorieren, und fügte hinzu, dass die Bombardierung Mariupols zweifellos ein Kriegsverbrechen sei. Da Russland aufgrund seiner Meinung nach "sehr starken" ukrainischen Widerstands bisher "nicht in der Lage war, die Städte einzunehmen", habe Moskau sie stattdessen wahllos bombardiert, genau wie "in Syrien oder Tschetschenien".

Auf die Frage, ob er glaube, dass Wladimir Putin jemals vor dem Internationalen Strafgerichtshof in Den Haag angeklagt werde, sagte Borrell, dass ein solches Szenario zwar weitgehend hypothetisch sei. Er glaube jedoch, dass es genügend Anschuldigungen gebe, um den russischen Präsidenten vor Gericht zu stellen.

Borrell enthüllte, dass seine Behörde zum ersten Mal in der Geschichte der EU ein unionsweites Programm zur Erleichterung von Waffenlieferungen an die Ukraine beaufsichtigt. Er gab bekannt, ein "Team von 200 Offizieren aus allen europäischen Armeen" unter dem Kommando eines französischen Admirals und eines italienischen Generals stelle sicher, dass der Bedarf der Ukraine durch das Angebot der EU gedeckt werde. Die einzelnen Mitgliedstaaten stellten Waffen und Ausrüstung zur Verfügung, vor allem Munition, Treibstoff und Panzerabwehrraketen, erklärte er, und Brüssel zahle die Rechnung.

Er weigerte sich jedoch, Einzelheiten zu den Liefermethoden und Grenzübergängen zu nennen, die für die Lieferungen genutzt wurden.

Das russische Verteidigungsministerium wies Anschuldigungen, seine Streitkräfte würden zivile Infrastrukturen in der Ukraine angreifen, stets zurück. Es beschuldigt die ukrainische Armee und ihre Milizen, in Wohngebieten Stellung zu beziehen und Zivilisten als menschliche Schutzschilde zu benutzen. Die jüngsten Medienberichte über einen angeblichen russischen Luftangriff auf ein Entbindungs Krankenhaus in der Stadt Mariupol wies Moskau als "Fake News" zurück.

Nach Gesprächen mit seinem ukrainischen Amtskollegen in Antalya warnte der russische Außenminister Sergei Lawrow am Donnerstag den Westen, dass die Waffen, die dieser massenhaft in die Ukraine liefert, insbesondere tragbare Flugabwehrraketen, in die Hände von Terroristen gelangen und eine Gefahr für zivile Flugzeuge darstellen könnten.

Russische Truppen waren Ende Februar im Rahmen einer militärischen Sonderoperation zur Entmilitarisierung und Entnazifizierung der Ukraine sowie zum Schutz der Volksrepubliken Donezk und Lugansk und der nationalen Sicherheitsinteressen Russlands in das russische Nachbarland entsandt worden. Kiew warf Moskau eine unprovokierte Offensive vor.

Die EU, die USA und andere Länder reagierten mit beispiellosen Sanktionen, die sich gegen die russische Wirtschaft und mehrere ausgewählte hochrangige Beamte richten. Die militärische Sonderoperation Russlands wurde von der Vollversammlung der Vereinten Nationen mehrheitlich verurteilt.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.03/article/622b815bb480cc6760472f5a.jpg>

21:20 de.rt.com: **China stärkt Russland im UN-Sicherheitsrat den Rücken**

China hat Russland in der Dringlichkeitssitzung des Sicherheitsrates am Freitag den Rücken gestärkt. Die Sondersitzung wurde auf Antrag Russlands einberufen und hatte den von Russland geäußerten Verdacht zum Gegenstand, die Ukraine habe unter Mitwirkung der USA an der Entwicklung biologischer Waffen gearbeitet.

Die Worte des Vertreters der Volksrepublik China im Sicherheitsrat Zhang Jun waren dieses Mal für chinesische Verhältnisse ungewöhnlich scharf. Man habe die relevanten Informationen Moskaus zur Kenntnis genommen. Diese sollten eine "große Aufmerksamkeit der internationalen Gemeinschaft hervorrufen" und überprüft werden. Gleichzeitig wies der Vertreter Pekings Vorwürfe aus Washington zurück, China verbreite russische Propaganda zu dem Thema.

Hintergrund ist Russlands Vorwurf an die USA und die Ukraine, auf ukrainischem Boden biologische Waffen zu entwickeln. Beamte der UNO erklärten in der Dringlichkeitssitzung, sie wüssten nichts über in der Ukraine produzierte Massenvernichtungswaffen.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.03/original/622bae71b480cc32606352ac.jpg>

21:32 de.rt.com: **Ukrainisches Gesetz in Kraft: Zivilisten dürfen ungestraft auf "russische Besatzer" schießen**

Der Einsatz von Waffen in den Händen der Zivilbevölkerung ist nun in der Ukraine auch gesetzlich erlaubt. Geschossen werden darf zur "Abwehr und Abschreckung bewaffneter

Angriffe". Zuvor hat die Regierung bereits Tausende Handfeuerwaffen an jedermann austeilten lassen.

Der ukrainische Präsident Wladimir Selenskij hat das [Gesetz "über die Beteiligung der Zivilbevölkerung an der Verteidigung der Ukraine"](#) unterzeichnet, das es allen Einwohnern der Ukraine erlaubt, während des Kriegsrechts Waffen gegen russische und andere Besatzer unter gleichen Voraussetzungen wie reguläre Militärangehörige zu benutzen. Demnach können "während der Dauer des Kriegszustandes ukrainische Staatsbürger sowie Ausländer und Staatenlose, die sich rechtmäßig im Hoheitsgebiet der Ukraine aufhalten (...), an der Abwehr und Abschreckung bewaffneter Angriffe teilnehmen". Das Dokument wurde auf der Website des ukrainischen Parlaments veröffentlicht.

"Während des Kriegszustandes können sich Bürger der Ukraine mit ihren eigenen Wettkampfwaffen, Sportwaffen (Pistolen, Revolver, Gewehre, Gewehre mit glattem Lauf), Jagdwaffen mit gezogenem, glattem Lauf oder kombinierten Jagdwaffen und der dazugehörigen Munition an der Abwehr und Zurückschlagung der bewaffneten Aggression der Russischen Föderation beteiligen", heißt es im Gesetz.

Es wird darauf hingewiesen, dass der Gebrauch von Schusswaffen, die im Einklang mit diesem Gesetz erworben wurden, durch Zivilisten in ähnlicher Weise erfolgen soll wie durch Militärangehörige. Gleichzeitig müssen Zivilpersonen Schusswaffen und unbenutzte Munition, die sie erhalten haben, spätestens zehn Tage nach Beendigung der Kämpfe oder Aufhebung des Kriegsrechts in der Ukraine an die nationale Polizei der Ukraine übergeben. Zivilisten sind von der Strafbarkeit für den Einsatz von Waffen befreit, soweit er "im Einklang mit Art. 4 dieses Gesetzes" stattfindet.



ЗАКОН УКРАЇНИ

Про забезпечення участі цивільних осіб у захисті України

Констатуючи акт збройної агресії Російської Федерації проти суверенітету України,

беручи до уваги прагнення цивільних осіб до активної участі у національному спротиві,

прагнучи захистити життя і здоров'я, честь і гідність, недоторканість і безпеку людини як найвищої соціальної цінності,

враховуючи положення частини першої статті 65 Конституції України, згідно з якою захист Вітчизни, незалежності та територіальної цілісності України є обов'язком громадян України,

Верховна Рада України ухвалила цей Закон.

Стаття 1. У період дії воєнного стану громадяни України, а також іноземці та особи без громадянства, які на законних підставах перебувають на території України (далі – цивільні особи), можуть брати участь у відсічі та стримуванні збройної агресії Російської Федерації та/або інших держав, у тому числі отримати вогнепальну зброю і боєприпаси до неї відповідно до порядку та вимог, встановлених Міністерством внутрішніх справ України.

Стаття 2. Застосування цивільними особами вогнепальної зброї, отриманої відповідно до цього Закону, здійснюється аналогічно до застосування зброї військовослужбовцями під час виконання ними завдань щодо відсічі збройної агресії проти України в порядку, затвердженому Кабінетом Міністрів України.

Стаття 3. Цивільні особи зобов'язані здати отриману ними вогнепальну зброю і невикористані боєприпаси до неї до органів Національної поліції України не пізніше 10 днів після припинення або скасування дії воєнного стану в Україні.

https://cdn4.telesco.pe/file/YXfh8jQE8OLH-ntPVNy6AcLFUMokydt9RK6bRtleH0nK150VN_9kMd6B3n5SdcyAj9XE7TGbuF17xfdMH-P1q66l-Oo4NHYvZBfVMtTouJn4Ywlg_GzUafWZwKjhcOwO6xIpiGBV6kNCII03yRcfr39rpNV2_GmJ6N9wPGkMHGT96hKRDqE39f7YpyEnRT9VR5GKrY7cKnPkDzA9Ucf0CFRSA73ZF-K28a2W7QD2cmSLXBw2B9bvd5M5_ve1sjw49T9F-3_DAir6AJEC148FCB8pBlcqlmtehOYtA8-o4UGanrgUaU0_YR95uLDtUGwQ6FfbURP7HRaKzV3-HhUQZZZQ.jpg

За порушення вимоги, передбаченої цією статтею, цивільні особи несуть кримінальну відповідальність.

Стаття 4. У період дії воєнного стану громадяни України можуть брати участь у відсічі та стримуванні збройної агресії Російської Федерації та/або інших держав, застосовуючи власну нагородну зброю, спортивну зброю (пістолети, револьвери, гвинтівки, гладкоствольні рушниці), мисливську нарізну, гладкоствольну чи комбіновану зброю та бойові припаси до неї.

Стаття 5. Цивільні особи не несуть відповідальності за застосування вогнепальної зброї проти осіб, які здійснюють збройну агресію проти України, якщо така зброя застосована на підставі та в порядку, визначених статтею 1 та статтею 4 цього Закону.

Стаття 6. Прикінцеві та перехідні положення

1. Цей Закон набирає чинності з дня, наступного за днем його опублікування.

2. Дія цього Закону поширюється на всіх осіб, які отримали вогнепальну зброю і боєприпаси до неї у випадку, передбаченому статтею 1 цього Закону, незалежно від дати їх видачі, та застосовується протягом дії воєнного стану і 10 днів після його припинення або скасування.

3. Розділ II "Прикінцеві та перехідні положення" Кримінального кодексу України (Відомості Верховної Ради України, 2001 р., № 25–26, ст. 131) доповнити пунктом 22 такого змісту:

"22. Цивільні особи не несуть кримінальної відповідальності за застосування вогнепальної зброї проти осіб, які здійснюють збройну агресію проти України, якщо така зброя застосована відповідно до вимог Закону України "Про забезпечення участі цивільних осіб у захисті України".

Президент України

м. Київ
3 березня 2022 року
№ 2114-IX



В. ЗЕЛЕНСЬКИЙ

<https://cdn4.telesco.pe/file/Onu2KC10G6UyljpwbLiD3KEqsYNFaRJHqTgImeucDhWq09cL MhPVlhmY8 TSgBOwYYip22RmCGmohgRtC1ECufD8jZVo2Tlajc7Ce5kWO9YIC1wiGM G2Q049KD7iceUMbZ Zj5o0B5ebSMd4uqWrmMz5tB8xbfoWqHIED1I2rrFYXBraM44 P6 Ez3bBfzc6RG-02cXkzM7VYRsVd1CNSb-pF-ATEnMjVaEygqo N9ZEzufm2aE4FqtZUWz-D0bBfHMEFB w0mlidCyVXVkyYoW Zd8h4BD PNCfWYkXv1XFIalsEU3ZsLJGIPX99Ml zbOTCHOVjAS2WUOY4SC 5oLwg.jpg>

Den Kriegszustand hat der ukrainische Präsident am Tag des Beginns der russischen Militäroperation zur "Entmilitarisierung und Entnazifizierung" und zum Schutz der Volksrepubliken Donezk und Lugansk am 24. Februar ausgerufen. Gleich am nächsten Tag teilte der ukrainische Verteidigungsminister Alexei Resnikow mit, dass 18.000 Handfeuerwaffen an Bürger ausgegeben worden sind. Im Internet tauchten zahlreiche Videos auf, die davon zeugten, dass Waffen ohne Anmeldung und Personenkontrolle auf den Straßen ukrainischer Städte an Jedermann ausgegeben wurden. Schätzungen zufolge wurden allein in Kiew bis Ende Februar mindestens 25.000 Handfeuerwaffen ausgegeben. Insgesamt besitzen die Ukrainer derzeit rund eine Million Handfeuerwaffen.

Die unkontrollierte Waffenausgabe und ungezügelter Jagd auf angebliche Spione hat in der

ukrainischen Hauptstadt mittlerweile zu chaotischen Zuständen auf den Straßen geführt. Meldungen zufolge wurden flüchtende Familien in ihren Autos erschossen, offenbar im angeblichen Verdacht, russische Saboteure zu sein.

Ein Israeli wurde beim Versuch seiner Ausreise mit dem Auto ins sichere Ausland von einem Bewaffneten erschossen – aus angeblichem Verdacht, ein tschetschenischer Saboteur zu sein. Es kommt auch zu zahlreichen Plünderungen und bewaffneten Überfällen auf Geschäfte. Immer wieder werden Schießereien gemeldet und diese aus den umliegenden Wohnhäusern gefilmt. So ist in einem Video vom 27. Februar zu sehen, wie eine Patrouille in Kiew einen Autofahrer während der Ausgangssperre beschießt und verletzt.

Die Waffenausgabe an Zivilisten wurde von Russland bereits mehrfach kritisiert. Der ständige Vertreter Russlands bei den Vereinten Nationen, Wassili Nebensja, sagte auf einer Sitzung des UN-Sicherheitsrates, dass die Zahl der zivilen Opfer aufgrund der Verteilung von Waffen an die Bürger zunehme.

"Die Folgen dieses unverantwortlichen Handelns von Selenskij, der den Befehl gegeben hat, sind bereits offensichtlich: Die Zahl der zivilen Opfer durch Radikale steigt täglich, vor allem in Kiew. Wir haben schon lange davor gewarnt."

Kritik kommt auch zur nun gesetzlich verankerten Schießerlaubnis, die viele als "Lizenz zum Töten" interpretieren. Das mache Tausende von Zivilisten zu Kombattanten dieses Krieges und bringe sie in Lebensgefahr, schreibt die russische Zeitung Argumente und Fakten (AiF), während Russland sich bei der Militäroperation gegen ukrainische Streitkräfte und radikale Nationalisten zum Ziel gesetzt habe, zivile Opfer zu vermeiden. Das öffne den Weg zur blutigen Selbstjustiz:

"Selenskij hat mit seinem Dekret faktisch Hinrichtungen im Schnellverfahren und die Tötung von Menschen gebilligt. Die tote Person kann nicht mehr beweisen, dass sie kein russischer Saboteur war. Folglich hat die Person mit dem Maschinengewehr Recht. Und wenn sich solche Personen zu einer Bande zusammenschließen, sind sie die Macht in einem bestimmten Gebiet."



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.03/article/622b51ed48fbef5b64406c6f.jpg>

23:48 (21:48) novorosinform.org: **Putin und Lukaschenko einigten sich angesichts von Sanktionen auf gegenseitige Unterstützung**

Die Präsidenten Russlands und Weißrusslands, Wladimir Putin und Alexander Lukaschenko, haben sich angesichts der Sanktionen auf gegenseitige Unterstützung zwischen den Staaten geeinigt, sagte Lukaschenkos Pressesprecherin Natalja Eismont.

Ihren Angaben zufolge gelang es den Staatsoberhäuptern während des Treffens, unter Berücksichtigung des vom Westen organisierten Sanktionsdrucks eine Einigung über Fragen der Interaktion zu erzielen.

Moskau sei bereit, Weißrussland mit modernen Modellen militärischer Ausrüstung zu beliefern, und Minsk habe Russland moderne Landwirtschafts- und Personenfahrzeuge sowie andere Arten von Maschinenbauprodukten versprochen.

Eismont wies darauf hin, dass Putin und Lukaschenko auch die Zusammenarbeit im Industriesektor, in der Landwirtschaft und im Güterverkehr zwischen Staaten besprochen hätten. Moskau und Minsk sei es gelungen, "für beide Seiten vorteilhafte Vereinbarungen" im Finanzsektor abzuschließen, schreibt [KP.ru](http://kp.ru).



https://novorosinform.org/content/images/07/96/40796_720x405.jpg

21:59 de.rt.com: **Deutsche Bischöfe: Waffenlieferungen an Ukraine "grundsätzlich legitim"**

Der Krieg in der Ukraine geht auch an den Kirchen nicht spurlos vorbei. Die katholischen Bischöfe in Deutschland verfassten am Donnerstag ein Papier, in dem Waffenlieferungen für die Ukraine als "grundsätzlich legitim" bezeichnet werden. Die evangelische Kirche agiert ähnlich.

Auf ihrer Frühjahrsversammlung haben die katholischen Bischöfe erklärt, dass sie Waffenlieferungen an die Ukraine für gerechtfertigt halten, berichtet die ARD. In einer Erklärung der Deutschen Bischofskonferenz (DBK) vom Donnerstag heißt es:

"Rüstungslieferungen an die Ukraine, die dazu dienen, dass das angegriffene Land sein völkerrechtlich verbrieftes und auch von der kirchlichen Friedensethik bejahtes Recht auf Selbstverteidigung wahrnehmen kann, halten wir deshalb für grundsätzlich legitim."

Das Dokument wurde zum Abschluss der Frühjahrsvollversammlung im fränkischen Wallfahrtsort Vierzehnheiligen bei Bad Staffelstein verabschiedet.

Es wird aber auch festgehalten:

"Es ist denjenigen, die die Entscheidung zu treffen haben, aber aufgetragen, präzise zu bedenken, was sie damit aus- und möglicherweise auch anrichten. Dies gilt gleichermaßen für die Befürworter wie für die Gegner von Waffenlieferungen."

Der Krieg in der Ukraine stelle auch die christliche Friedensethik auf eine harte Probe. Weiter heißt es in der Erklärung: "In ihrer Lehre und in ihrem Handeln ist die Kirche der Gewaltlosigkeit Jesu verpflichtet. Auch in der Stunde der Bedrängnis muss sie deshalb der Versuchung einer schrankenlosen Gewaltanwendung entschlossen widersprechen". Klar sei auch: "Gewalt und Gegengewalt, auch wenn sie legitim ist, treiben eine Spirale der Gewalt an, die diese regelmäßig außer Kontrolle geraten lässt."

Auch die Ratsvorsitzende der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD), Annette Kurschus, nimmt einen ähnlichen Standpunkt ein. Sie hält es für angemessen, die geforderten Waffenlieferungen abzulehnen, wenn die Menschen in der Ukraine sich nicht allein aus eigenen Kräften verteidigen könnten. Gegenüber dem Evangelischen Pressedienst sagte sie: "Aber Waffenlieferungen gewährleisten nicht das Ende der Gewalt, das wir uns wünschen."

[...] Wie immer wir uns positionieren: Wir können in dieser Situation keine weiße Weste behalten."

Allein Gebete und Mitgefühl mit den Menschen in der Ukraine sind für sie zu wenig, die Kirchen haben auch eine gewisse Verantwortung:

"Ich kann nachvollziehen, dass die Ukraine in ihrer Selbstverteidigung unterstützt wird."

Kurschus meinte final, dass die evangelische Friedensethik vor dem Hintergrund des Ukrainekriegs "einer kritischen Prüfung" unterzogen werden muss.

Der Vorsitzende der Bischofskonferenz, Georg Bätzing, wies bei einer Pressekonferenz zum Abschluss der Frühjahrsvollversammlung der Bischöfe darauf hin, dass es eine große ökumenische Übereinstimmung in der Ablehnung des Krieges gebe. Dazu hieß es in der Erklärung:

"Alle spüren: Die Invasion in die Ukraine ist auch ein Angriff auf Europa und seine Werte [...] Eine Haltung der Entschlossenheit und der Eindeutigkeit, jenseits von Hysterie und von taktischem Lavieren, ist nötig, um diese Herausforderung zu bestehen."



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.03/article/622b60f6b480cc7878666325.jpg>

22:48 de.rt.com: Biden: **"Eine direkte Konfrontation zwischen der NATO und Russland wäre der Dritte Weltkrieg"**

Neben der Verhängung umfangreicher wirtschaftlicher Sanktionen gegen Russland betonte US-Präsident Biden, "Putins Krieg gegen die Ukraine" werde "niemals ein Sieg sein".

Dennoch wolle er einen Dritten Weltkrieg unbedingt verhindern.

US-Präsident Joe Biden verkündete heute eine weitere Runde Sanktionen gegen Russland, die von den USA und ihren Verbündeten gemeinsam verhängt würden. Der zentrale Punkt ist die Aufhebung der Meistbegünstigungsklausel der Welthandelsorganisation (WHO) Russland gegenüber, die besagt, dass Vorteile, die einem Mitgliedsland gewährt werden, allen gewährt werden müssen. Das bedeutet, die westlichen Staaten erteilen sich das Recht, nach Belieben Handelsschranken für russische Waren zu errichten. Der kritischste Punkt in der Aufhebung der Meistbegünstigungsklausel ist die Option, Patente zu ignorieren.

Zudem wird weiter die Strategie verfolgt, einzelne Personen durch die Beschlagnahmung von Privateigentum unter Druck zu setzen, wie es jüngst in Frankreich mit einer Yacht mit russischem Eigner geschah. Das bedeutet, dass die Sanktionierten sämtlichen Besitz außerhalb Russlands verlieren. Importe russischer Waren werden eingeschränkt oder beendet. Direkt genannt wurden Wodka, Diamanten und Meeresfrüchte.

Diese Handlungen sind laut Biden ein weiterer "vernichtender Schlag gegen die russische Wirtschaft". Der US-Präsident erklärte, der Kurs des Rubel sei auf die Hälfte gefallen; das zeige die Wirksamkeit der Sanktionen. Die Ratingagenturen hätten Russland auf Ramschstatus herabgestuft.

"Wir wissen bereits, dass Putins Krieg gegen die Ukraine niemals ein Sieg sein wird. Wir werden nicht zulassen, dass Autokraten und Möchtegern-Kaiser die Richtung der Welt diktieren."

Im Verlauf des vergangenen Jahres hätten die USA Waffen im Wert von über einer Milliarde US-Dollar an die Ukraine geliefert, so Biden, und im Lauf des letzten Monats 155 Millionen an humanitärer Hilfe.

Auf die Frage nach den Konsequenzen, sollte Russland chemische Waffen einsetzen, die am Ende seiner Pressekonferenz gestellt wurde, sprach er von "sehr ernsten Folgen".

In einer weiteren Rede vor den US-Demokraten betonte Biden allerdings erneut, die USA hätten keine Absicht, eigenes Militär in die Ukraine zu entsenden.

"Wir werden in der Ukraine keinen Krieg gegen Russland führen. Eine direkte Konfrontation zwischen der NATO und Russland ist der dritte Weltkrieg – etwas, das zu verhindern wir anstreben müssen."



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.03/article/622bbbab48fbef5b751a4242.jpg>

0:57 (22:57) iz.ru: **US-Kongressabgeordneter sagte den raschen Zusammenbruch der Kiewer Behörden voraus**

Das Mitglied des US-Repräsentantenhauses Darrell Issa (Kalifornien) sagte auf Fox Business, dass die ukrainischen Behörden in der aktuellen Situation "schnell auseinanderfallen werden". „Glücklicherweise ist Präsident [der Ukraine Wladimir] Selenskij bei unseren geheimen Briefings nicht anwesend, wo wiederholt gesagt wurde, dass er keine Chance hat“, zitierte ihn Breitbart.

Der Kongressabgeordnete wies auch darauf hin, dass Washingtons bisherige Hilfe in keiner Weise der Ukraine fördere, und bezeichnete die derzeitigen US-Sanktionen gegen Russland als „unangemessen“.

Am Tag zuvor hatte US-Präsident Joe Biden erklärt, dass die Vereinigten Staaten zusammen mit den G7-Staaten sowie der Europäischen Union die Meistbegünstigungsklausel im Handel mit Russland vor dem Hintergrund einer Sonderoperation zum Schutz des Donbass aufheben würden.

Zudem verbietet Washington die Lieferung von Luxusgütern nach Russland. Das Verbot umfasst Kleidung, Schmuck und Autos bekannter Luxusmarken sowie die Lieferung von Dollarnoten. Außerdem verbietet das Weiße Haus den Import von russischen Meeresfrüchten, Wodka und Diamanten.

Am 8. März kündigte Biden an, dass Washington alle Gas- und Ölimporte aus Russland verbieten werde. Er räumte ein, dass die Folgen solcher Sanktionen die Vereinigten Staaten selbst treffen würden – die Benzinpreise, die ein historisch hohes Niveau erreicht haben, würden weiter steigen. Laut der Pressesprecherin des Weißen Hauses, Jen Psaki, werde der Anstieg der Benzinpreise aber vorübergehend und von kurzer Dauer sein.

Westliche Länder, einschließlich der Vereinigten Staaten, begannen als Reaktion auf die von

Russland geführte Operation zum Schutz des Donbass, die am 24. Februar begann, Sanktionen zu verhängen. Mitte Februar eskalierte die Lage in der Region durch den Beschluss durch das ukrainische Militär. Die Behörden der Volksrepubliken Donezk und Lugansk kündigten die Evakuierung der Einwohner in die Russische Föderation an und wandten sich hilfesuchend auch an Moskau. Am 21. Februar unterzeichnete der russische Präsident Wladimir Putin ein Dekret, das die Unabhängigkeit der DVR und der LVR anerkennt, und versprach, die Republiken zu unterstützen.



https://cdn.iz.ru/sites/default/files/styles/900x506/public/news-2022-03/20220310_gaf_u60_143.jpg?itok=eR3-TGI

vormittags:

7:59 (5:59) **novorosinfoem: Seniorenheim in Gorlowka wurde durch Beschuss seitens der Streitkräfte der Ukraine schwer beschädigt**

Das Gebäude sei mehrfach durch Granatsplitter beschädigt worden, sagte Iwan Prichodko, Leiter der Stadtverwaltung.

Die entsprechenden Informationen werden in seinem Telegram-Kanal veröffentlicht.

„Infolge des Beschusses der BFU wurde das Gebäude eines Internats für ältere und behinderte Menschen mit geriatrischer Abteilung in Gorlowka durch Granatsplitter schwer beschädigt“, heißt es in dem Bericht.

Es geht um die Einrichtung in der Siedlung Kondratjewskij in der Sanatoriumsstraße 5.

Informationen über geschädigte Personen liegen noch nicht vor.

Es sei daran erinnert, dass Gorlowka regelmäßig von den bewaffneten Formationen der Ukraine beschossen wird. Am häufigsten wird großkalibrige Artillerie eingesetzt, die der städtischen Infrastruktur schwere Schäden zufügt.



https://novorosinform.org/content/images/08/04/40804_720x405.jpg

8:27 (6:27) novorosinform.org: **Das US-Finanzministerium erlaubte Geschäfte zur „Entwicklung der Demokratie“ in der DVR und LVR**

Dazu gehören Aktivitäten im Zusammenhang mit der Durchführung humanitärer Projekte. Am Vortag hatte das US-Finanzministerium, nachdem es neue Sanktionen gegen den Handel mit Russland eingeführt hatte, gleichzeitig Transaktionen für Nichtregierungsorganisationen zugelassen, die auf die Unterstützung humanitärer Projekte und die Entwicklung der Demokratie in den Volksrepubliken des Donbass abzielen.

"Das Dokument erlaubt bestimmte Operationen, <...> einschließlich Aktivitäten im Zusammenhang mit humanitären Projekten <...>, Demokratieaufbau, Bildung, gemeinnützigen Entwicklungsprojekten sowie dem Schutz der Umwelt und der natürlichen Ressourcen", heißt es in der Mitteilung.

Mit anderen Worten, die Amerikaner werden in der Lage sein, medizinische und landwirtschaftliche Produkte in den Donbass zu exportieren, das Coronavirus zu bekämpfen, Geld zu überweisen, Pakete zu versenden und internationalen Organisationen zu helfen.

Viele Nutzer sozialer Netzwerke reagierten mit Ironie auf die Erlaubnis der USA, in der DVR und LVR „Demokratie“ aufzubauen, während sich manche fragten, ob dieser Schritt als eine Art Anerkennung der Republiken angesehen werden könne.



https://novorosinform.org/content/images/08/05/40805_720x405.jpg

8:52 (6:52) novorosinform.org: **Ärzte, die dem Donbass zu Hilfe kamen, werden zunehmend von medizinischen Gemeinschaften der Welt ausgeschlossen**

Neben der beruflichen Ächtung erhalten russische Ärzte auch viele Drohungen in sozialen

Netzwerken.

Badma Baschankajew, ein bekannter Moskauer Chirurg und Abgeordneter der Staatsduma der Russischen Föderation, sprach über diesen Stand der Dinge gegenüber dem Telegram-Kanal „Donbass entscheidet“.

Er selbst ist kürzlich mit einer Gruppe von Kollegen in der Volksrepublik Donezk eingetroffen. Laut dem Chirurgen sei er sehr überrascht, dass die Handlungen, die sie aus tiefstem Herzen ausführen, von einzelnen Mitgliedern, einschließlich der russischen medizinischen Gemeinschaft, zweideutig wahrgenommen werden.

„Sie nehmen einigen von ihnen die Teilnahme an Veranstaltungen, an Bildungsinitiativen. Sie sagen, dass unsere Sponsoren nicht sehr glücklich darüber seien, wenn sie daran teilnähmen, dass sie unseren Ruf ruinierten“, teilte Baschankajew mit.

Lassen Sie uns hinzufügen, dass es in unserem Land eine ganze Reihe sogenannter Pazifisten gibt, die sich der militärischen Sonderoperation Russlands zur Entmilitarisierung der Ukraine widersetzen, darunter auch Persönlichkeiten aus Wissenschaft, Kultur und Kunst. Am Tag zuvor hatte ein Abgeordneter der Staatsduma von „Einiges Russland“ eine Initiative entwickelt, um Menschen staatliche Auszeichnungen zu entziehen, die sich weigerten, sich auf die Seite der Armee und ihres Landes zu stellen.

Inzwischen gibt es in Russland viel mehr Menschen, die sich leidenschaftlich für die Befreiung des Donbass und die Entnazifizierung der Ukraine einsetzen. Dies belegen unter anderem zahlreiche Meinungsumfragen und ein stark gestiegenes Vertrauen in Präsident Wladimir Putin.



https://novorosinform.org/content/images/08/06/40806_720x405.jpg

7:00 de.rt.com: **Kasachische Fluggesellschaft Qazaq Air streicht Flüge nach Russland**

Die kasachische Fluggesellschaft Qazaq Air hat vorübergehend ihre Flüge nach Russland gestrichen. Die Airline begründete am Samstag diese Entscheidung mit Versicherungsproblemen. Ihr Versicherungsschutz erstreckte sich nicht mehr auf das russische Territorium und den Luftraum über dem Nachbarland.

Zuvor hatte auch die kasachische Airline Air Astana ihre Flüge nach Russland bis auf Weiteres eingestellt. In der Fluggesellschaft hieß es, ihr Versicherungsschutz gelte nicht mehr für Russland. Zusammen mit der Regierung in Nur-Sultan versuche man, dieses Problem umgehend zu lösen.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.03/article/622c3589b480cc188a634154.jpg>

mil-lnr.su: **Erklärung des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der LVR zur Lage am 12.3.2022**

In Gefechten mit Einheiten der Volksmiliz erlitt der Gegner in den letzten 24 Stunden erhebliche Verluste an Personal und Militärtechnik:

120 Mann;

1 Panzer;

1 Schützenpanzer;

2 Fahrzeuge;

3 Antipanzerraketenkomplexe;

3 permanente Feuerpunkte.

Trotz der Niederlagen an der Front **setzt der Gegner den Terror gegen die Zivilbevölkerung der Republik fort** und beschießt Objekte der zivilen Infrastruktur der frontnahen Ortschaften der LVR, die keine Gefahr für den Gegner darstellen und keine militärischen Objekte sind.

In den letzten 24 Stunden hat die Vertretung der LVR im GZKK 5 **Beschießungen des Territoriums der LVR auf 4 Ortschaften** der Republik erfasst, in deren Folge in Stachanow 5 Wohnhäuser, 2 Wirtschaftsgebäude und eine Mitteldruckgasleitung und in Irmino ein Wohnhaus beschädigt wurde.

Um die Feueraktivität auf die Bürger der Republik zu unterbinden wurden die **Positionen der ukrainischen Streitkräfte, von denen aus geschossen wurde, operativ entdeckt und vernichtet**.

7:32 de.rt.com: **Antirassismusbeauftragte Alabali-Radovan besorgt wegen Diskriminierung von Russen**

Die Antirassismusbeauftragte der Bundesregierung, Reem Alabali-Radovan, hat sich angesichts rassistischer Übergriffe auf Russen in Deutschland besorgt gezeigt. Den Zeitungen der Funke Mediengruppe sagte die SPD-Politikerin:

"Teilweise trauen sich Menschen nicht mehr, Russisch auf der Straße zu sprechen. Das besorgt mich sehr. Es gab auch Angriffe auf russische Lebensmittelmärkte, Kinder werden in der Schule beleidigt. Das dürfen wir nicht dulden."

Dies sei der Krieg des russischen Präsidenten Wladimir Putin, nicht der Krieg der Russinnen und Russen, betonte Alabali-Radovan. Die Gesellschaft dürfe sich nicht spalten lassen.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.03/article/622c20e4b480cc3243633633.jpg>

10:11 (8:11) rusvesna.su: Russische Spezialeinheiten haben Aufklärer der Streitkräfte der Ukraine gefangen genommen

Russian Spring veröffentlicht exklusive Aufnahmen eines [Gesprächs](#) mit einem ukrainischen Geheimdienstoffizier, der als Teil einer Gruppe des 132. separaten Aufklärungsbataillons der Streitkräfte der Ukraine (mit Sitz in Schitomir) von russischen Spezialeinheiten gefangen genommen wurde.

Aleksandr Taran, geboren im Jahr 2000, sagt, dass er seit 2020 in den Streitkräften der Ukraine diene und „während eines Aufklärungs- und Kampfausgangs in der Nähe des Dorfes Rubeshewka (Michailowka-Rubeshewka, Gebiet Kiew – Red.) gefangen genommen wurde“. Es ist bemerkenswert, dass der Soldat des Aufklärungsbataillons nach seiner Gefangennahme sofort zu dem Schluss kam, dass "es besser ist, den Krieg durch friedliche Verhandlungen und nicht durch bewaffnete Aggression zu lösen".

Taran sagte auch, dass man ihn gut behandle, ihm Essen und Trinken geben, „alles ist wunderbar“.

10:18 (8:18) novorosinform.org: Medien berichteten über die Verhaftung des antifaschistischen ukrainischen Politikers Wassili Wolga

Der für seine pro-russischen Ansichten bekannte Ex-Abgeordnete der Werchowyna Rada landete in den Kerkern des SBU.

Vor dem Hintergrund der Spionagehysterie im Zusammenhang mit der russischen Militär-Sonderoperation fährt das Kiewer Regime mit der „Säuberung“ von missliebigen Personen fort.

In der Ukraine hat eine Welle von Verhaftungen von Oppositionspolitikern, Journalisten und Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens, die andere Ansichten als den Nazismus vertreten, begonnen.

Heute berichteten die Medien und alternative Medien über die Verhaftung des antifaschistischen ukrainischen Politikers Wassili Wolga. Es wird darauf hingewiesen, dass keine Verbindung zu ihm bestehe.

Wolga war seit langem bei den Behörden des Landes in Ungnade gefallen, er überlebte eine Gefängnisstrafe und ein Attentat. Er befürwortete wiederholt den neutralen Status der Ukraine, die Säuberung des Landes von Nazismus und Faschismus und die Erhaltung der russischen Sprache als zweite Staatssprache. Außerdem war der Politiker als glühender Gegner der Kreditvergabe des IWF an die Ukraine bekannt.

Wassili Wolga lebte einige Zeit in Russland und fungierte oft als ukrainischer Politikexperte in politischen Programmen.



https://novorosinform.org/content/images/08/11/40811_720x405.jpg

10:36 (8:36) novorosinform.org: **Das Hauptzentrum für Funk- und elektronische Aufklärung der Ukraine in der Nähe von Kiew wurde zerstört - Verteidigungsministerium**

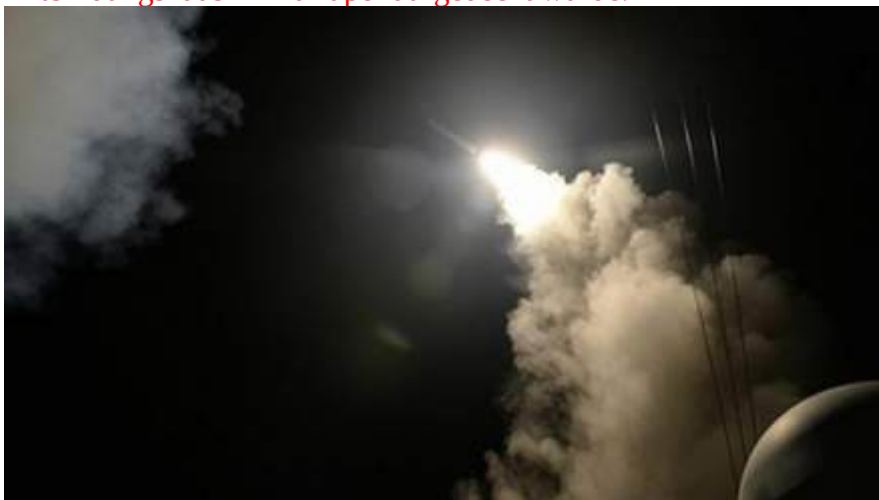
Der Schlag sei mit Langstrecken-Präzisionswaffen durchgeführt worden.

Das teilte der offizielle Vertreter der russischen Militärabteilung, Generalmajor Igor Konaschenkov, mit.

Ihm zufolge wurde der Schlag am Morgen des 12. März ausgeführt. Neben der Zerstörung des Hauptzentrums für Funk- und elektronische Aufklärung der ukrainischen Streitkräfte in Browary wurde auch der Militärflugplatz in Wasilkow außer Betrieb gesetzt.

„Die operativ-taktische und militärische Luftwaffe der russischen Luft- und Raumfahrtstreitkräfte hat 145 Objekte der militärischen Infrastruktur der Ukraine getroffen“, heißt es in dem Bericht.

Konaschenkow erinnerte daran, dass seit Beginn der militärischen Spezialoperation Russlands 3.491 Objekte der militärischen Infrastruktur der Ukraine außer Betrieb gesetzt worden seien. Es sei daran erinnert, dass am Vorabend durch das Verteidigungsministerium die ukrainische "ungeschickte" Fälschung über das angeblich von den russischen Streitkräften zerstörte Entbindungshaus in Mariupol aufgedeckt wurde.



https://novorosinform.org/content/images/08/12/40812_720x405.jpg

8:47 de.rt.com: **Verteidigungsministerium in Moskau: Russische Streitkräfte treffen weitere 145 ukrainische Militärziele**

Der Sprecher des russischen Verteidigungsministeriums, Igor Konaschenkow, hat auf seinem

Pressebriefing am Samstagmorgen in Moskau über den Verlauf der russischen Militäroperation in der Ukraine berichtet. Die Donezker Volksmiliz habe zuletzt mit der russischen Feuerunterstützung die Ortschaften Walerianowka und Seljony Gai unter eigene Kontrolle genommen. Die Ortschaft Nowoandrejewka sei vom Süden und vom Osten blockiert. Die Kräfte der Volksrepublik Donezk seien somit neun Kilometer vorgerückt. Die Lugansker Volksmiliz sei ihrerseits sechs Kilometer vorgerückt und habe die Ortschaften Surowzewka, Schtschedrischtschewo und Schitlowka unter eigene Kontrolle genommen. Die Ortschaft Rubeschnoje sei blockiert.

Konaschenkow teilte darüber hinaus mit, die russischen Streitkräfte hätten am Samstagmorgen weitere militärische Ziele in der Ukraine mit Präzisionswaffen angegriffen. Dadurch seien der Militärflughafen in der Stadt Wassilkow und das Funkaufklärungszentrum der ukrainischen Streitkräfte in der Stadt Browary außer Betrieb gesetzt worden. Die russische Flugabwehr und die Luftstreitkräfte hätten in der Luft fünf Drohnen, zwei davon des Typs Bayraktar TB2, und eine taktische Rakete des Typs Totschka-U abgeschossen. Auf dem Boden seien 145 ukrainische Militärziele zerstört worden.

Nach Angaben des russischen Verteidigungsministeriums seien seit dem Beginn der Sonderoperation insgesamt 3.491 ukrainische Militärziele außer Gefecht gesetzt worden, darunter 123 Drohnen, 1.127 Panzerwagen, 115 Mehrfachraketenwerfer und 423 Artilleriegeschütze und Mörser.

armiyadnr.su: Erklärung des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der DVR zur Lage am 12.3.22 um 10:30

Die Situation an der Kontaktlinie bleibt angespannt.

Artillerieeinheiten der bewaffneten Formationen der Ukraine verüben weiter zielgerichtet massive Artillerieschläge auf Wohngebiete von Ortschaften der Republik.

In den letzten 24 Stunden hat der Gegner **496 Artillerie- und Mörsergeschosse** mit 122mm-Mehrfachraketenwerfern, 122mm-Rohrartillerie, 120mm- und 82mm-Mörsern **abgefeuert**.

Unter Beschuss gerieten **17 Ortschaften** der Republik.

Infolge der ukrainischen Aggression gibt es Opfer unter der Zivilbevölkerung. **Vier Zivilisten wurden verletzt**. 30 Wohnhäusern, 9 Infrastrukturobjekte und ein Fahrzeug wurden beschädigt.

Die Materialien zur Verletzung von Zivilisten sowie zur Beschädigung von Infrastruktur werden an die Vertreter von internationalen Organisationen sowie an die Generalstaatsanwaltschaft der DVR übergeben, um sie den Strafverfahren gegen das Kommando der ukrainischen Streitkräfte hinzuzufügen.

Die Soldaten der Donezker Volksrepublik befreien weiter Ortschaften von ukrainischen Nationalisten.

In Wolnowacha säubern Soldaten der technischen Einheiten der Donezker Volksrepublik weiter das Gebiet von explosiven Objekten. Der Zivilbevölkerung wird humanitäre Hilfe und qualifizierte medizinische Behandlung geleistet.

In Mariupol befreien Soldaten der Donezker Volksrepublik weiter Wohngebiete von ukrainischen Nationalisten, die sich hinter den Einwohnern verstecken und aus Feuerpositionen schießen, die in den oberen Etagen und auf Dächern von Wohnhäusern eingerichtet sind.

Unter Gefahr für das eigene Leben haben unsere Verteidiger **in den letzten 24 Stunden 135 Menschen, darunter 25 Kinder, aus der Kampfzone evakuiert**.

Soldaten der Donezker Volksrepublik haben drei Panzer, einen Schützenpanzer, ein Panzerfahrzeug sowie ein Abwehrgeschütz SSU-23-4 „Schilka“ auf Basis eines Panzerschleppers erbeutet.

Acht Soldaten der der 36. und der 53. Brigade **haben in den letzten 24 Stunden freiwillig die Waffen niedergelegt und sind auf die Seite der Donezker Volksrepublik übergegangen.** Wir rufen die ukrainischen Soldaten auf, dem Beispiel ihrer Kameraden zu folgen! Warten Sie nicht auf einen Befehl, die Waffen niederzulegen. Nur Sie können das Blutvergießen beenden. Erhalten Sie Ihr Leben, legen Sie die Waffen nieder und gehen Sie auf die Seite der Donezker Volksrepublik über.

9:04 de.rt.com: **Aleksandar Vučić droht freiwilligen Kämpfern im Ukraine-Krieg mit Strafe**

Der serbische Präsident Aleksandar Vučić hat angekündigt, die serbische Justiz werde alle Staatsbürger strafrechtlich verfolgen, die sich als Freiwillige an dem Ukraine-Krieg oder in anderen bewaffneten Konflikten weltweit beteiligen. Zudem gab der Politiker nach seinem Treffen mit Bundesaußenministerin Annalena Baerbock am Freitag bekannt, das einheimische Strafgesetzbuch solle demnächst in diesem Punkt verschärft werden. Die Beteiligung an den Konflikten, die keinen Schutz der territorialen Integrität Serbiens darstellten, sei illegal und werde streng geahndet, erklärte Vučić.

Auf eine Journalistenfrage, warum Serbien die EU-Sanktionen gegen Russland nicht nachvollziehe, erklärte der Politiker, Serbien habe in keiner Weise irgendetwas getan, was die Ukraine verletzt hätte. Mit Blick auf eine mögliche Distanzierung von Russlands Staatschef Wladimir Putin ergänzte er: "Ich weiß nicht, wovon wir uns distanzieren sollen." Hier gehe es nicht um Personen. Seit Beginn des Konflikts habe er aber keine Kontakte zu russischen Amtsträgern gehabt.

Am 2. März hatte Vučić in seiner Ansprache an die Nation bekannt gegeben, dass Serbien vier der insgesamt 13 Punkte der UN-Resolution zur Verurteilung der russischen Handlungen in der Ukraine unterstützt habe. Das Geschehen in der Ukraine wirke sich auch auf Serbien dramatisch aus.



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.03/article/622c3eea48fbef25696cbcfb.jpg>

9:07 de.rt.com: **Geleakte EU-Dokumente: Auch private Posts mit Bezug auf RT sollen gelöscht werden**

Die Verordnung des EU-Rates, mit der die Ausstrahlung von RT und Sputnik verboten wurde, lässt mehr Fragen offen als zunächst gedacht. In einem geleakten Dokument der EU-Kommission wird behauptet, dass auch Online-Texte und private Posts verboten und folglich zu löschen seien.

Auf Twitter werden derzeit angeblich durch einen Google-Mitarbeiter geleakte Schreiben der Kommission der Europäischen Union (EU) verteilt, in denen die Kommission den Inhalt der Verordnung des Rates der EU erläutert, mit der das Senden der Programme von RT in der EU

verboten wurde.

Entgegen dem Wortlaut der Verordnung, die das Senden untersagt (auf Englisch: to broadcast; auf Französisch: diffuser) wird in diesen Dokumenten die Auffassung vertreten, dass jegliche Inhalte mit Bezug zu "RT" verboten seien. Danach würde sich das Verbot auch auf Online-Texte, journalistische Artikel in Textform und jede Verlautbarung in sozialen Medien erstrecken. Begründet wird diese weite Auslegung der Verbotsnorm mit der Annahme, der Rat habe schließlich ein "sehr breites und umfassendes Verbot" verhängen wollen.

Würde Google die Webseiten von RT und Sputnik nicht aus seinen Datenbanken entfernen ("entlisten"), so würde das dem Nutzer das Auffinden solcher Angebote erleichtern und damit zur Ausstrahlung beitragen, heißt es in dem mutmaßlich aus Brüssel stammenden Text.

In dem Abschnitt des Dokuments, der die sozialen Netzwerke betrifft, wird ausgeführt, dass diese verpflichtet seien, ihre Nutzer von dem Verbreiten jeden Inhaltes von RT und Sputnik abzuhalten. Die Auslegungsschrift bemerkt an dieser Stelle, dass "to broadcast" in einem weiten Sinne (lato sensu) verstanden werden müsse. Von diesem Verbot betroffen seien nicht nur die Accounts, die eine Nähe zu RT oder Sputnik aufweisen, sondern Accounts eines jeden Individuums. Accounts, die "formal oder faktisch" RT oder Sputnik gehören, seien ohnehin zu suspendieren. Im folgenden Absatz wird die Vervielfältigung (reproduction) mit Ausstrahlung (broadcasting) gleichgesetzt.

Posts von Individuen, die Inhalte von RT oder Sputnik reproduzieren, dürfen laut den Erläuterungen der Kommission nicht veröffentlicht werden. Wenn sie veröffentlicht wurden, seien sie zu löschen. Grundsätzlich sei eine Abgrenzung zwischen dem von RT und Sputnik übernommenen Text und den eigenen Ausführungen des Nutzers vorzunehmen, diese obliege dem sozialen Netzwerk ungeachtet des Verbots der allgemeinen Überwachung in Art. 15 der Richtlinie über den Internethandel.

Die derart weite Auslegung der EU-Verordnung wird von den an der Diskussion beteiligten Twitter-Usern kritisch bewertet. So schreibt die am Zentrum für Internet und Gesellschaft der Stanford Law School dozierende Juristin Daphne Keller:

"Das ist wirklich ein starkes Stück. Wie @tjmcintyre bemerkt, ist es verrückt (wenn es stimmt, wovon ich ausgehe), dass die EU-Behörden die Öffentlichkeit hierüber nicht informiert haben. Wir wissen es nur, weil Google es mit der @lumendatabase geteilt hat. Vielen Dank an diejenigen, der bei Google dafür gekämpft und die Veröffentlichung abgesegnet hat."

Ein anderer Nutzer, den Daphne Keller anspricht, und dessen Post sie geteilt hat, schreibt:

"Bemerkenswerte Neuigkeiten für Technikrechtsexperten. Die EU-Sanktionen gegen Russia Today und Sputnik verlangen:

- * Suchmaschinen müssen alle ihre Inhalte löschen und
- * Social-Media-Firmen die Beiträge von Einzelpersonen löschen, die deren Inhalte wiedergeben.

Diese Auslegung geht viel weiter als viele beim Lesen der Verordnung selbst dachten, und hebt das in der E-Commerce-Richtlinie enthaltene Verbot der allgemeinen Überwachung auf. Sollte dies zutreffen, wirft dies erhebliche Fragen der Verhältnismäßigkeit und der freien Meinungsäußerung auf.

Hier ist der Text des entsprechenden Teils der Verordnung. Ich bin nicht davon überzeugt, dass er tatsächlich das bedeutet, was die Kommission behauptet. Es ist ein großer Sprung vom Ob der geleakte Text tatsächlich von der Europäischen Kommission stammt, kann derzeit noch nicht verifiziert werden. Die Stanford Law School liegt in den USA, Kalifornien, und gilt als ein weltweit führendes Kompetenzzentrum für die rechtliche Regulierung des Internets und für das IT-Recht.



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.03/article/622a3956b480cc658707f2b3.jpg>

11:21 (9:21) **novorosinform.org: Situation in der Umgebung von Mariupol: Streitkräfte der Ukraine begannen, die befreiten Dörfer zu beschießen**

Zum Rückzug gezwungen, hinterlässt die ukrainische Armee Ruinen.

Dies teilte der Militärkorrespondent Georgi Medwedew mit, der einen Bericht aus den befreiten Dörfern in der Nähe von Mariupol veröffentlichte.

Laut dem Journalisten sind viele Siedlungen stark zerstört. Während die sich zurückziehende Armee schweres Feuer auf sie entfesselt, hauptsächlich aus großkalibrigen Mörsern und Mehrfachraketenwerfern.

Anwohner verstecken sich vor Beschuss in Kellern.

Lassen Sie uns hinzufügen, dass das Territorium der Volksrepublik Donezk allein in den letzten 24 Stunden 17 Mal von Rohrtillerie beschossen wurde. Infolge des Angriffs wurden der BFU mehr als 30 Häuser beschädigt und vier Zivilisten verletzt.



https://novorosinform.org/content/images/08/14/40814_720x405.jpg

9:39 de.rt.com: **Suchmaschine DuckDuckGo stuft Websites mit angeblichen russischen Desinformationen herunter**

Angesichts des Ukraine-Krieges hat die Internet-Suchmaschine DuckDuckGo nach Angaben ihres Gründers Gabriel Weinberg Websites heruntergestuft, die mit "russischen Desinformationen assoziiert werden". Somit sollten sie weniger sichtbar werden. Zwar nannte Weinberg in dem entsprechenden Tweet keine konkreten Ressourcen, in einer vorigen Mitteilung hatte das Unternehmen erklärt, das Hauptziel der Suchmaschine sei es, den Nutzern Zugriff auf präzise Informationen zu ermöglichen. Die mit den russischen Staatsmedien assoziierten Websites würden die Nutzer dagegen bewusst irreführen.

Einige Nutzer kritisierten die Entscheidung der Suchmaschine und erklärten, sie können für ihre Anfragen nun wieder Google nutzen. Sie warfen DuckDuckGo vor, ihre eigenen Werte zu verraten.

Nach eigenen Angaben profiliert die Suchmaschine ihre Nutzer nicht und zeigt für alle Nutzer gleiche Ergebnisse an.

10:05 de.rt.com: **Russische Raumfahrtbehörde fordert Aufhebung der Sanktionen und warnt vor Absturz der ISS**

Die russische Raumfahrtbehörde will ihre ISS-Partner schriftlich auffordern, alle "illegalen" Sanktionen gegen Roskosmos-Betriebe aufzuheben. Das Schreiben ist an die US-Raumfahrtagentur NASA, die kanadische CSA und die europäische ESA adressiert.

Roskosmos-Chef Dmitri Rogosin hat angesichts der gegen Russland verhängten Einschränkungen auf Twitter und Telegram vor einem Absturz der Internationalen Raumstation gewarnt. Er [erinnerte](#) an die Rolle Russlands bei der Versorgung und Aufrechthaltung des ISS-Betriebs. So sei das russische Segment der Station für die Umlaufbahnkorrekturen zuständig.

Rogosin veröffentlichte eine Weltkarte mit dem möglichen Absturzbereich der 500 Tonnen schweren Konstruktion. Die Karte sei von US-Astronomen erstellt worden. Daraus gehe hervor, dass Russland von einem ISS-Absturz am wenigsten bedroht sei. Andere, insbesondere von "Kriegshunden" regierte Länder sollten sich aber "über den Preis der Sanktionen gegen Roskosmos" Gedanken machen. Er warf dem Westen vor, die internationale Zusammenarbeit in der Raumfahrt "manisch" zu zerstören, und bezeichnete die Anreger solcher Sanktionen als verrückt.



<https://pbs.twimg.com/media/FNoRYxKWYAI4yK2?format=jpg&name=900x900>

10:06 de.rt.com: **Trotz Drucks vonseiten der NATO: Türkei macht nicht bei Sanktionen gegen Russland mit**

Die Türkei wird laut dem Sprecher des türkischen Präsidenten Erdoğan keine Sanktionen gegen Russland verhängen. Stattdessen werde Ankara sich dafür einsetzen, den Dialog mit dem Kreml aufrechtzuerhalten.

Die Türkei werde keine Sanktionen gegen Russland verhängen, sondern sich stattdessen dafür einsetzen, den Dialog mit dem Kreml aufrechtzuerhalten. Dies berichtete der türkische Fernsehsender TRT am Freitag unter Berufung auf İbrahim Kalın, den Sprecher von Präsident Recep Tayyip Erdoğan.

Der Beamte stellte klar, dass Ankara keine Pläne habe, "Sanktionen gegen Russland zu verhängen". Er fügte hinzu, dass die türkische Regierung danach strebe, "den Kanal des Vertrauens offen zu halten". Kalın wies auch darauf hin, dass die Türkei negative

Auswirkungen von Strafmaßnahmen auf die eigene Wirtschaft abwenden wolle.

Während die Türkei kürzlich für die Resolution zur Verurteilung der russischen Offensive gegen die Ukraine bei der UN-Vollversammlung stimmte, hat sie bislang im Gegensatz zu den meisten anderen NATO-Staaten keine Sanktionen gegen Russland verhängt. Ankara versucht stattdessen, zwischen den beiden Kriegsparteien zu vermitteln – in der Hoffnung, ein Friedensabkommen oder zumindest einen Waffenstillstand auszuhandeln.

Die Türkei schaltet sich als Vermittler im Ukraine-Krieg unter anderem deshalb ein, um aus diesem Konflikt in Osteuropa auf geopolitischer Ebene nicht als Verlierer hervorzugehen.

NATO-Generalsekretär Jens Stoltenberg sagte am Freitag, das Bündnis erwarte, dass "alle unsere Verbündeten Sanktionen" gegen Russland verhängen, und dass er diese Angelegenheit dem türkischen Außenminister Mevlüt Çavuşoğlu während ihres Treffens in Antalya "übermittelt" habe.

Präsident Erdoğan stellte das jüngste Treffen auf Regierungsebene zwischen Russland und der Ukraine in Antalya in einem Telefonat mit US-Präsident Joe Biden als "diplomatischen Sieg" dar. Der türkische Staatschef bekräftigte zudem, dass die Rolle Ankaras als Vermittler zwischen Kiew und Moskau entscheidend sei, um eine weitere Verschärfung des bewaffneten Konflikts zu verhindern. Während die Türkei enge Beziehungen zur Ukraine unterhält, ist Russland zugleich einer der wichtigsten Handelspartner für Ankara sowie der Hauptlieferant von Öl und Gas in die Türkei.



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.03/article/622c558e48fbef5b751a4266.jpg>

12:08 (10:08) novorosinform.org: **Russischer Senator beschuldigte die Vereinigten Staaten, einen Staatsstreich in der DNR und LVR vorzubereiten**

Die Absichten der US-Regierung zeigten sich in der plötzlichen Genehmigung von Verträgen zur angeblichen Unterstützung humanitärer Projekte und zur "Entwicklung der Demokratie" in den Republiken, so Konstantin Kossatschow, Mitglied des russischen Föderationsrates, der seine Meinung im Telegramm-Kanal des Autors veröffentlichte.

Er kam zu dieser Schlussfolgerung vor dem Hintergrund der Entscheidung des US-Finanzministeriums, „bestimmte Maßnahmen zur humanitären Unterstützung der LVR und der DVR zuzulassen, zum Beispiel Projekte im Zusammenhang mit Grundbedürfnissen, Bildung und Demokratie“.

Kossatschow bemerkte, dass Washington in den letzten acht Jahren aus irgendeinem Grund keine Notwendigkeit dafür gesehen habe. Während Kiew „dreieinhalb Millionen seiner Bürger, die im Donbass leben, systematisch beschossen hat“, waren die Vereinigten Staaten nicht an humanitären Fragen interessiert, ebenso wenig an der Unterstützung der Demokratie in der LDVR.

„Was bedeutet die aktuelle Finte? Ist das Mitgefühl für die Menschen plötzlich erwacht? Nein, genau das Gegenteil – Washington hat begonnen, einen weiteren Staatsstreich vorzubereiten,

diesmal in der unabhängigen DVR und LVR. Die Vereinigten Staaten haben keine anderen ‚humanitären Projekte‘ für sie“, heißt es in dem Post.



https://novorosinform.org/content/images/08/16/40816_720x405.jpg

12:36 (10:36) novorosinform.org: **Kadyrow sprach über die hastige Flucht der nationalen Bataillone beim Anblick tschetschenischer Kämpfer**

Während das tschetschenische Militär tief in das Territorium der Ukraine vordringt, geben die „gepriesenen“ Mitglieder der Nationalen Bataillone einfach ihre Feuerstellungen und Waffen auf.

Das teilte der Chef der Tschetschenischen Republik, Ramsan Kadyrow, in seinem Telegram-Kanal mit.

Ihm zufolge rückten Soldaten der tschetschenischen Spezialeinheiten tief in die Ukraine vor und befreiten gleichzeitig Siedlungen von Nationalisten.

„Die Streitkräfte der Ukraine und die ‚gepriesenen‘ nationalen Bataillone verlassen beim Anblick unserer Kämpfer hastig ihre Feuerstellungen und lassen großkalibrige Waffen, Munition und Ausrüstung zurück“, heißt es im Text des Posts.

Kadyrow betonte, dass die Ankunft unserer Armee die Befreiung von den Gräueltaten der Nationalisten bedeute. Das verstehe auch die lokale Bevölkerung, die die russischen Streitkräfte mit freundlichen Worten begrüße. Das Oberhaupt von Tschetschenien dankte allen Ukrainern, die sich gegen die "falsche Propaganda des Kiewer Regimes" stellen.



https://novorosinform.org/content/images/08/17/40817_720x405.jpg

10:38 de.rt.com: **Entwicklungsministerin Schulze warnt vor Wegfall ukrainischer Getreideexporte und fordert rasche Hilfe**

Angesichts des drohenden Wegfalls beträchtlicher Saatgut- und Getreideexporte aus der Ukraine und Russland dringt das Bundesentwicklungsministerium darauf, besonders importabhängigen Ländern schnell zu helfen. Ressortchefin Svenja Schulze hat in einem Kommentar für die Augsburger Allgemeine schnelle Hilfe für diejenigen gefordert, die sich kein Saatgut mehr leisten können:

"Ich setze mich dafür ein, dass wir abgestimmt mit unseren Partnern die internationalen Unterstützungsprogramme ausweiten, um die drohenden Hungersnöte abzumildern."

Für Entwicklungsländer könne die Krise dramatische Folgen haben, warnte Schulze. Die SPD-Politikerin führte UN-Schätzungen an, wonach als Folge des Krieges bis zu 13 Millionen Menschen in Afrika, Asien und dem Nahen Osten hungern würden. Das bedrohe auch die politische Stabilität in vielen importabhängigen Ländern.

"Wenn der Krieg Aussaat oder Ernte verhindert, Exportrouten blockiert und Preise in die Höhe treibt, wird sich das unmittelbar auf viele ärmere Länder der Welt auswirken."

Angaben aus der EU zufolge war Russland im Jahr 2021 der weltweit größte Weizenexporteur gefolgt von den USA, Kanada und Australien. Danach folgte auf Platz fünf der Rangliste bereits die Ukraine. Sehr relevant sind die beiden Länder zudem als Exporteure von Sonnenblumenöl. So war die Ukraine im Jahr 2021 weltweit Ausfuhrland Nummer eins gefolgt von Russland auf Platz zwei.



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.03/article/622c2877b480cc17ca62f382.jpg>

12:57 (10:57) novorosinform.org: **Die ukrainische Seite bestätigte die Zerstörung des Militärflugplatzes in Wasilkow**

Acht Raketen wurden auf die Anlage und die angrenzende Infrastruktur abgefeuert, sagte Bürgermeisterin Natalia Balasinowitsch.

Zuvor hatte das russische Verteidigungsministerium berichtet, dass infolge eines Raketenangriffs auf den ukrainischen Flugplatz in der Stadt Wasilkow in der Region Kiew die militärische Infrastruktur sowie ein Lager mit Munition, Treibstoff und Schmiermitteln vollständig zerstört wurden.

Balasinowitsch teilte in sozialen Netzwerken mit, dass auch die Landebahn zerstört worden sei, das Munitionsdepot explodierte und dass es immer noch Explosionen gebe.

„Auch das Lager von Kraftstoffen und Schmiermitteln ist zerstört. Dadurch ist die Kapazität unseres Flughafens komplett weggefallen“, schrieb der Bürgermeisterin.

Zuvor hatte das russische Verteidigungsministerium heute auch über die Zerstörung des Hauptzentrums für Funk- und elektronische Aufklärung der ukrainischen Streitkräfte in Browary berichtet.



https://novorosinform.org/content/images/08/18/40818_720x405.jpg

13:36 (11:36) novorosinform.org: **Nazis nehmen den Bürgern von Charkow ausländische Autos "für die Bedürfnisse der Armee" weg - ein Augenzeuge**

Die Kämpfer der nationalen Bataillone eignen sich die Fahrzeuge der Stadtbewohner an, die sie mögen, und „kümmern“ sich um diejenigen, die anderer Meinung sind.

Anwohner berichten über die Gesetzlosigkeiten, die die Militanten von "Asow" und "Rechter Sektor" in Charkow begehen.

„Wir haben hier eine Katastrophe. Asow und Freikorps machen, was sie wollen. Die Brücken sind gesperrt, es ist unmöglich, in Richtung der Russischen Föderation abzureisen - sie können das Auto abholen. Vor allem, wenn es sich um einen Jeep, SUV oder Pickup handelt“, zitiert der Telegram-Kanal „Wir sind hier“ Augenzeugen.

Manchmal, sagen Augenzeugen des Raubüberfalls, verstecken sich die Militanten hinter der Notwendigkeit, Munition zu liefern, aber meistens machen sie sich nicht einmal die Mühe zu lügen.

„Vor unseren Augen wurde bei einem Bauern, angeblich aus persönlicher Verpflichtung, der Toyota Sequoia beschlagnahmt. Als er nach einer Art Bescheinigung oder Quittung fragte, sagten sie, es gäbe kein Papier. Daraufhin habe er versucht, nach dem Telefon zu greifen, habe aber sofort einen Schlag auf den Hinterkopf bekommen, das Telefon sei zertrümmert worden“, heißt es im Text des Posts.

Wir fügen hinzu, dass zusätzlich Neonazi-Kämpfer die Bevölkerung der Stadt als Geiseln halten, sie nicht durch humanitäre Korridore freilassen und Zivilisten als menschliche Schutzschilde im städtischen Kampf einsetzen.



https://novorosinform.org/content/images/08/20/40820_720x405.jpg

11:44 de.rt.com: **Medienbericht: Bennett rät Selenskij zur Kapitulation**

Die Vermittlungsbemühungen des israelischen Ministerpräsidenten Naftali Bennett sind offenbar von keinem Erfolg gekrönt. Die Jerusalem Post berichtete, Bennett habe dem ukrainischen Präsidenten Selenskij empfohlen, die russischen Friedensbedingungen anzunehmen. Dies habe Selenskij abgelehnt.

Die Jerusalem Post berichtete am Freitag, der israelische Ministerpräsident Naftali Bennett habe dem ukrainischen Präsidenten Wladimir Selenskij in einem Telefonat am Dienstag empfohlen, die russischen Bedingungen für die Beendigung der Kriegshandlungen anzunehmen. Die Zeitung beruft sich dabei auf Quellen im Umfeld des ukrainischen Präsidenten.

Die Quelle behauptete, dass der Anruf von Bennett initiiert wurde. Dieser sagte demnach: "Wenn ich Sie wäre, würde ich an das Leben meiner Leute denken und das Angebot annehmen."

Dem Bericht zufolge gefiel dem ukrainischen Präsidenten und seinen Leuten der Ratschlag nicht. Der Beamte, auf den sich die Jerusalem Post bezieht, sagte zu den Reportern:

"Bennett hat uns gesagt, wir sollen uns ergeben. Wir haben nicht die Absicht, das zu tun. Wir wissen, dass Putins Angebot nur der Anfang ist."

Nach den Informationen, die aus den letzte Woche geführten russisch-ukrainischen Verhandlungen an die Öffentlichkeit drangen, und nach den Aussagen des russischen Präsidenten und des russischen Außenministers zu urteilen, macht Russland die Anerkennung der Krim als Teil der Russischen Föderation und der Unabhängigkeit der Volksrepubliken Donezk und Lugansk zur Bedingung für die Einstellung der Kampfhandlungen. Außerdem solle die Ukraine alle rechtsradikalen Organisationen verbieten, der russischen Sprache zumindest regional einen gleichberechtigten Rang neben dem Ukrainischen zugestehen und auf Offensivbewaffnung verzichten.

Nach Darstellung der Jerusalem Post soll der ukrainische Beamte die Rolle Bennetts scharf kritisiert haben. Bennett würde nicht so sehr vermitteln, sondern als Briefkasten fungieren und lediglich Nachrichten zwischen den beiden Seiten weiterleiten. Seiner Meinung nach muss ein Vermittler versuchen, einen Kompromiss zwischen den beiden Seiten zu finden und eigene Angebote zu machen. Der Beamte sagte:

"Wir brauchen keinen Briefkasten. Davon haben wir genug. Wenn Bennett neutral sein und vermitteln will, würden wir erwarten, dass er jemanden ernennt, der Tag und Nacht daran arbeitet und versucht, einen Kompromiss zu finden."

Israel engagiert sich neben der Türkei als Vermittler im russisch-ukrainischen Konflikt.

Ministerpräsident Bennett war am 5. März in Moskau, wo er die Möglichkeiten einer Verhandlungslösung mit Wladimir Putin besprach. Dabei soll Putin ein Angebot unterbreitet haben, das zur Grundlage von Verhandlungen zwischen Bennett und Selenskij werden sollte. Offizielle Erklärungen dazu, ob die israelischen Vermittlungsbemühungen etwas fruchteten, hat es bislang nicht gegeben. Der Bericht der Jerusalem Post würde, falls die Informationen der Zeitung zutreffen, den Grund dafür erklären.

Ergänzend heißt es in dem Bericht, Selenskij würde einen Videoauftritt vor dem Plenum der Knesset fordern. Über den ukrainischen Botschafter in Israel hätte er dem Parlamentspräsidenten mitgeteilt, dass dies das einzige Format ist, in dem er bereit sei, mit dem israelischen Parlament zu kommunizieren. Angedacht war zunächst wohl eine Telefonkonferenz zwischen Selenskij und ausgewählten Knesset-Abgeordneten.



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.03/article/622c7596b480cc1a397894df.jpg>

13:52 (11:52) iz.ru: **Einwohner von Wolnowacha sprachen über die Brandstiftung an Häusern durch Kämpfer der Streitkräfte der Ukraine**

Soldaten der Streitkräfte der Ukraine (BFU) zündeten die Eingänge von Wohngebäuden an und brachen gewaltsam in Wohnungen ein, um dort Kampfpositionen einzunehmen. Am Samstag, dem 12. März, erzählten die Bewohner von Wolnowacha dem Korrespondenten des Fernsehsenders Iswestija, Semjon Jeremin, davon.

„Die ersten Eingänge [wurden angezündet]. Wir hatten auch einen alten Mann dort. Sie sprangen hinein und sagten: „So, Großvater, weg von hier. Jetzt wird es heiß.“ Und sie warfen Benzin, es brannte. Sie müssen alles hinter zerstören, hinterlassen nur die Asche“, sagte ein Bewohner der Stadt.

Eine Frau fügte hinzu, dass die ukrainischen Streitkräfte damit begonnen hätten, das Stadtzentrum zu beschießen, selbst wenn die DVR-Streitkräfte nicht in der Nähe waren.

„Sie haben von hier aus auf die Innenstadt geschossen. Hier war noch niemand. Keine DVR- oder russischen Kräfte., sie haben trotzdem dorthin geschossen. Und am 25. haben sie irgendwo aus dem Stadtzentrum geschossen. Sie versteckten sich. Sie gehen hinaus und schießen - zwischen den Häusern hindurch. ... Bis vor kurzem flogen hier keine Granaten von der anderen Seite“, heißt es in Wolnowacha.

Anwohner berichten, dass das Militär aus der Stadt geflohen sei und zerstörte Häuser und kaputte Wohnungen zurückgelassen hat, aus denen die Besitzer gewaltsam vertrieben wurden. Zuvor erzählten Bewohner des befreiten Wolnowacha, wie sie zwei Wochen in Kellern verbrachten. Ihren Angaben zufolge ließen die örtlichen Behörden sie im Stich und erlaubten ihnen nicht, die Stadt zu verlassen. Ein anderer Mann, der ebenfalls gezwungen war, im Keller zu leben, sagte, dass er nicht über die Bereitstellung humanitärer Korridore informiert worden sei.

Am Vortag berichtete der Sprecher des russischen Verteidigungsministeriums, Generalmajor Igor Konaschenkow, dass Wolnowacha von einer Gruppierung der Streitkräfte der Volksrepublik Donezk (DVR) befreit worden sei. ...



<https://cdn.iz.ru/sites/default/files/styles/900x506/public/news-2022-03/77753.37%20copy.jpg?itok=SopVYQtQ>

nachmittags:

12:17: de.rt.com: **Russland veröffentlicht Sanktionslisten in Kürze**

Der russische Vizeaußenminister Sergei Rjabkow hat in einem Interview für den russischen Fernsehsender Perwy Kanal erklärt, dass Russland in Kürze Sanktionslisten als Reaktion auf die westlichen Strafmaßnahmen veröffentlichen werde. Russland arbeite gerade daran, seine Wirtschaft gegen die negativen Folgen der Einschränkungen durch die USA abzusichern. Dafür gebe es gewisse Möglichkeiten.

"Russland ist ein moderner und starker Staat, der sich seiner eigenen Möglichkeiten bewusst ist, der sein Potenzial entfaltet und der ein unentbehrlicher Bestandteil der multipolaren Welt ist."

Der Diplomat erklärte ferner, dass die neulich vom Westen verhängten Sanktionen mit der militärischen Sonderoperation Russlands nichts zu tun hätten. Selbst wenn es gelungen wäre, die Situation rund um die Volksrepubliken Donezk und Lugansk ohne Militärhandlungen zu entschärfen, hätten die US-Regierung und ihre Verbündeten einen anderen Anlass gefunden, um diese Strafmaßnahmen gegen Russland zu verhängen. Der Westen habe Russland einen Wirtschaftskrieg erklärt.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.03/article/622c801248fbef7ea70b1900.jpg>

14:43 (12:43) rusvesna.su: **Ein mächtiger Schlag zerstörte die Ansammlung ausländischer Söldner in der Ukraine**

Eine starke Explosion erschütterte gestern Abend das Hotel Ukraine in Tschernigow und zerstörte das Gebäude teilweise. Ein präziser Raketeneinschlag traf den Aufenthaltsort von Söldnern aus verschiedenen Ländern, die die so genannte „Fremdenlegion“ bilden und die den ukrainischen Nazis im Kampf gegen die russischen Streitkräfte helfen wollten. Zuvor war eine Reihe von Ausländern gekommen, um sich im Kampf gegen die russische Armee einen Adrenalinkick zu holen, doch ihre irdische Reise endete nun unrühmlich unter den Trümmern.



https://rusvesna.su/sites/default/files/styles/orign_wm/public/aviaudar_kalibr_akerbat.jpg

15:42 (13:42) novorosinform.org: **Er finanzierte die Nazis, stahl das Budget. Im Ministerium für Staatssicherheit der DVR wurden die Machenschaften des Ex-Bürgermeisters von Melitopol aufgedeckt**

Iwan Fjodorow wurde am Tag zuvor von den Sonderdiensten des Donbass wegen des Verdachts der Finanzierung von Militanten festgenommen.

Der am Freitag, dem 11. März, festgenommene Ex-Bürgermeister von Melitopol, Iwan Fjodorow, finanzierte viele Jahre lang verschiedene Gruppen ukrainischer Nazis und war an der Erpressung von Unternehmern beteiligt. Darüber schreibt unter Bezugnahme auf die Betriebsdaten des Ministeriums für Staatssicherheit der DVR der Telegram-Kanal "ODDR aktuell".

Die Behörde stellte fest, dass Fjodorow im Zeitraum von Mai 2014 bis März 2022, in dem er die Positionen des stellvertretenden Bürgermeisters von Melitopol, des ersten stellvertretenden Leiters der regionalen staatlichen Verwaltung von Saporischschja und des Bürgermeisters von Melitopol innehatte, unter Ausnutzung seiner offiziellen Position die Sammlung von Geldern zur Finanzierung der Aktivitäten nationaler Bataillone organisierte, die an ATO/OOS teilnahmen.

Darüber hinaus versorgte Fjodorow die Nazis des „Rechten Sektors“ mit Listen von Unternehmern, gegen die Erpressungen von Geld und anderem Eigentum begangen wurden. "Die vereinnahmten Mittel wurden zur Finanzierung der Aktivitäten des ‚Rechten Sektors‘ und anderer nationalistischer Formationen sowie zur persönlichen Bereicherung von I. S. Fjodorow verwendet", so das MfS der DVR.

Die Ermittler von Donezk stellten auch die Beteiligung von Fjodorow an der Unterschlagung von Haushaltsmitteln in besonders großem Umfang, insbesondere beim Bau einer Eishalle und anderer kommunaler Immobilien, fest.



https://novorosinform.org/content/images/08/25/40825_720x405.jpg

15:53 (13:53) novorosinform.org: **Bildungsprozess in Lugansk wird ab 14. März wieder aufgenommen - Büro des Bürgermeisters**

Am Montag, dem 14. März, werden die Schulen, Kindergärten und sonstigen Bildungseinrichtungen in Lugansk den Unterricht wieder aufnehmen, so der Pressedienst der Stadtverwaltung von Lugansk.

"Der Unterricht in allgemeinen Bildungseinrichtungen wird in Vollzeitform, in vorschulischen Bildungseinrichtungen in Vollzeitform und in Einrichtungen der zusätzlichen Bildung in Teilzeitform stattfinden", heißt es in der Erklärung.

Darüber hinaus nehmen auch die höheren Bildungseinrichtungen des LVR ihre Arbeit wieder auf. Die meisten Hochschuleinrichtungen bieten Fernunterricht oder Teilzeitunterricht an.



https://novorosinform.org/content/images/08/26/40826_720x405.jpg

14:00 de.rt.com: **Russland: Waffentransporte in die Ukraine könnten zum Ziel für russische Streitkräfte werden**

Die Versorgung der Ukraine mit westlichen Waffen verkompliziert die Situation nur, da sie die Waffenkonvois zu legitimen Zielen für die russischen Streitkräfte mache. Dies erklärte der stellvertretende russische Außenminister Sergei Rjabkow am Samstag. Er sagte:

"Wir haben die USA gewarnt, dass ihr orchestriertes Aufpumpen der Ukraine mit Waffen aus einer Reihe von Ländern nicht nur ein gefährlicher Schritt ist, sondern eine Aktion, die die Konvois zu legitimen Zielen macht."

In diesem Zusammenhang erinnerte Rjabkow an die Folgen der "unbedachten Weitergabe" von Waffen wie tragbaren Luftabwehrsystemen und Panzerabwehrraketen an Kiew. Er erklärte:

"Die eskalatorische Komponente der Politik Washingtons ist absolut dominant, trotz aller Sprüche, dass sie in den USA äußerst verantwortungsbewusst sind, dass die USA jeden Schritt für sich selbst abwägen."

"Es sind die USA, die auf internationalen Plattformen die meisten Spannungen verursachen. Ich spreche nicht einmal davon, was sie materiell tun, indem sie das kriminelle Kiewer Regime unterstützen."



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.03/article/622c956248fbef7f00297e6e.jpg>

14:08 de.rt.com: **"Bereit zum Energiekrieg": Russland bereitet Sanktionsgegenschlag vor**

Der russische Vize-Außenminister Sergei Rjabkow hat für die nächsten Tage die Verkündung und Umsetzung von Gegensanktionen gegen die Europäische Union angekündigt.

Beobachtern zufolge scheut Russland auch einen Energiekrieg gegen die EU nicht mehr.

Mehrere russische Medien melden am Samstag, die russische Regierung habe massive Gegensanktionen gegen die USA und die Europäische Union ausgearbeitet und werde sie in den kommenden Tagen einführen.

Die meisten Experten und Beobachter rechnen damit, dass auch Maßnahmen vorgesehen sind, die den europäischen Energiemarkt hart treffen werden. Ein gewöhnlich gut informierter Journalist schreibt unter Berufung auf das russische Außenministerium auf [Telegram](#):

"Russisches Außenministerium: Russland ist, wenn nötig, zu einer harten Konfrontation mit der EU im Energiesektor bereit.

Dies ist eine Warnung vor unserer Bereitschaft, notfalls einen globalen Wirtschaftskrieg zu beginnen.

Eine Blockade der Energielieferungen würde die Europäische Union zerstören. Ganze Industriezweige würden stillgelegt werden, und Millionen von Menschen würden ihren Arbeitsplatz verlieren.

Die Sympathie für die 'unglaublichen Ukrainer' wird sich in Luft auflösen, und die innenpolitische Instabilität wird die politischen Systeme ganzer Länder zu Fall bringen. In einigen Ländern werden Faschisten (im ursprünglichen Sinne des politischen Begriffs) an die Macht kommen, in anderen werden Bürgerkrieg und innerer Terror ausbrechen.

In dieser Situation wird Russland nichts daran hindern, Waffen an Aufständische von Vilnius bis Madrid zu liefern. Übrigens, wer sagt, dass die Basken die Taktik des Einsatzes von MANPADS und Javelin-Panzerabwehrsystemen nicht jetzt schon erlernen?

Der globale Süden wird von einer Hungersnot heimgesucht werden, und Russland wird das einzige Land sein, das die Hungernden ernähren kann. Diese Armeen hungriger Menschen können in eine neue Flüchtlingswelle verwandelt werden, oder sie können bewaffnet werden, um die ehemaligen weißen Kolonialisten in ganz Eurasien und Afrika zu jagen.

Was sagst Du dazu, Elon Musk?"

Ebenfalls am Samstag kündigte der Vize-Außenminister der Russischen Föderation Sergei Rjabkow für die nächsten Tage die Veröffentlichung der persönlichen Sanktionslisten gegen westliche Politiker, Geschäftsleute und andere Prominente an. Im russischen Fernsehen sagte Rjabkow:

"Die Listen sind fertig. Wir sind dabei, uns damit zu befassen. Dies ist im Großen und Ganzen Teil unserer täglichen Arbeit. Sich darauf zu fixieren, wie und in welchem Umfang man auf Sanktionen reagieren soll, ist wahrscheinlich falsch."

Der Topdiplomate kündigte an, das russische Vorgehen im Sanktionskrieg werde "kaltblütig" sein.

Die Auswirkungen der westlichen Sanktionen schätzte er als "beherrschbar" ein. Der Sanktions- und Wirtschaftskrieg sei unvermeidbar gewesen und hänge in keiner Weise vom russischen Handeln ab. Rjabkow wörtlich:

"Wir wussten und wissen, dass wir jederzeit mit einer Bosheit der Amerikaner rechnen müssen. Wir haben uns auf diese Situation, die wir jetzt erleben, vorbereitet. Die Sanktionen hätte es auch ohne die Militäroperation gegeben. Das hat nichts miteinander zu tun. Hätte es keine Sonderoperation gegeben, hätte sich die Lage um die Volksrepubliken Donezk und Lugansk zumindest relativ normalisiert, dann hätten Washington und seine Stellvertreter meiner Meinung nach immer noch einen Vorwand gefunden, um all das (die Sanktionen) einzuführen."

Von einem Vertrauensverhältnis zwischen Russland und den USA könne keine Rede mehr sein. Man habe im Außenministerium nachgezählt: Die Anzahl der Sanktionswellen der USA gegen Russland habe längst 100 überschritten.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.03/article/622c8f6f48fbef7b9d2ea375.jpg>

16:19 (14:19) iz.ru: **Sacharowa sprach über die US-Finanzierung für die Entwicklung biologischer Waffen in der Ukraine**

Das US-Verteidigungsministerium habe der Ukraine Millionen von Dollar für die Entwicklung biologischer Waffen überwiesen. Dies erklärte am Samstag, dem 12. März, die offizielle Vertreterin des Außenministeriums der Russischen Föderation, Maria Sacharowa, in ihrem Telegram-Kanal.

Ihr zufolge waren alle Biolabore dem Gesundheitsministerium unterstellt, dessen Ministerin Uljana Suprun war, eine Amerikanerin, die 2016 in die Ukraine entsandt wurde. Ihr Vater, George Harry Jurkiv, ist ein pensionierter Vizepräsident von North American Controls Inc.

„Das Unternehmen ist auf die Entwicklung von Kontrollsystemen für die Verteidigungsindustrie spezialisiert: von der Entwicklung bis zur Auslieferung der Produkte“, schrieb die Sprecherin des russischen Außenministeriums.

Großvater Suprun war einigen Berichten zufolge zu Beginn des Zweiten Weltkriegs in den Bandera-Formationen und beteiligte sich an Sabotageaktionen gegen sowjetische Soldaten,

fügte Sacharova hinzu.

Zuvor wurde heute berichtet, dass die Amerikaner ein biologisches Labor in Simferopol eröffnen wollten. Dies war bereits in den Tagen geplant, als das Gebiet noch zur Ukraine gehörte.

Am 7. März sprach das russische Verteidigungsministerium über die Bildung eines Netzwerks von mehr als 30 biologischen Labors in der Ukraine, die im Rahmen des Pentagon-Programms arbeiteten. Sie können in Forschung und sanitär-epidemiologische unterteilt werden. Auftraggeber der durchgeführten Arbeiten ist das US Department of Defense Office for the Reduction of Military Threat.

Als Reaktion darauf bestätigte die stellvertretende US-Außenministerin Victoria Nuland am 9. März, dass es in der Ukraine biologische Labors gebe, in denen geforscht werde. Ihr zufolge versuche Washington, den Übergang von Einrichtungen unter die Kontrolle der russischen Armee zu verhindern. Am nächsten Tag versicherte die Pressesprecherin des Weißen Hauses, Jen Psaki, dass die Vereinigten Staaten keine chemischen und biologischen Waffen entwickelten und solche Waffen in keinem der Länder der Welt hätten. ...



https://cdn.iz.ru/sites/default/files/styles/900x506/public/news-2022-03/TASS_39192170.jpg?itok=iUXIhTLo

14:20 de.rt.com: **Weißrussland: Truppenbewegungen zielen nicht in Richtung der Ukraine**

Die Verlegung der weißrussischen Truppen auf dem Territorium des Landes steht nicht im Zusammenhang mit einer vermeintlichen Vorbereitung oder Teilnahme des weißrussischen Militärs an der russischen Militäroperation in der Ukraine, sagte Generalmajor Wiktor Gulewitsch, Chef des Generalstabs der Streitkräfte und Erster stellvertretender Verteidigungsminister der Republik Weißrussland.

Die Einheiten sollen gemeinsam mit Grenzschutztruppen verhindern, dass "nationalistische bewaffnete Formationen" aus der Ukraine nach Weißrussland eindringen, Wiktor Gulewitsch am Samstag mit.

"Für einheimische 'Militärexperten' und Sofa-Analysten möchte ich betonen, dass die Truppenbewegung in keiner Weise mit der Vorbereitung, geschweige denn der Teilnahme weißrussischer Soldaten an einer speziellen Militäroperation in der Ukraine zusammenhängt", sagte er laut einer [Mitteilung auf dem Telegram-Account](#) des weißrussischen Verteidigungsministeriums.

Die Ukraine wirft dem Nachbarland vor, es plane den Kriegseintritt an der Seite Russlands. Der weißrussische Präsident Alexander Lukaschenko dementiert dies vehement und bietet sein Land als Ort für Verhandlungen an.



https://cdn4.telesco.pe/file/Z6ji5Sbr1vKMAXhdgW8PVBkwPjtdiP4BiiryHO5BOn9tW6zo-SvmzELKkRt9pJpATyIEOw4sXr_vYwt3ox4JfIJarbbNxClOVs2DhN4A07YsPdVTwZafuhBd8p5EsWEMGQuj_lh7ntR0PBRyxGvRu39y0iZASYGVIdpu8Ofv3KZVWpWpEkclAt1M5sKBfktTD0UF3CynpTmU9k5MF-ToDc_a7oni-Xw26GHY8N39NrEN0w3wGjGnyavTCZMnSqFb4aFU0KuYnOS4vsiwmSl8Ve3f6glnXv2v11GAQf402OhYDCj15tOJzvQiQI6_s_JaWQ8z5xwHhZDlolV1l3Iplg.jpg

16:31 (14:31) novorosinform.org: **Die Ukraine hat aufgrund der Korruptionsschemata der Regierung kein Getreide mehr – Medien**

Nach Angaben des Telegram-Kanals Resident exportierte Kiew auch dann aktiv Getreide aus dem Land, als Russland die Schifffahrtzonen blockierte.

Die Ukraine habe keine strategischen Nahrungsmittelreserven mehr, und es drohen eine Unterbrechung der Aussaat und eine Nahrungsmittelkrise. Dies meldete der ukrainische Telegram-Kanal Resident.

Die Autoren des Senders erinnerten daran, dass nach Angaben ukrainischer Beamter Mäuse Getreide im Wert von 2 Mrd. Griwna aus der staatlichen Reserve gefressen haben. Doch wie sich herausstellte, sei dies nicht das einzige Problem für das derzeitige ukrainische Regime. Aufgrund der korrupten Machenschaften von Beamten sei die Ukraine bereits jetzt praktisch ohne strategische Nahrungsmittelreserven.

"Vom 11. bis 14. Februar erreichte die Verschiffung von Getreide von den Seeterminals in der Ukraine die Rekordmenge von 867 Tausend Tonnen, was deutlich mehr ist als im letzten Jahr. Getreide wurde exportiert, obwohl die Russische Föderation zu denselben Daten die Sperrung von Schifffahrtsgebieten im Schwarzen und Asowschen Meer für militärische Übungen ankündigte und de facto eine Seeblockade der Region verhängte", heißt es in dem Bericht. In den ukrainischen Lagern findet man daher heute nur noch verdorbene Getreidereste aus der Ernte 1999-2018, was die zulässige Lagerzeit von 2 Jahren deutlich überschreitet.



https://novorosinform.org/content/images/08/27/40827_720x405.jpg

16:00 de.rt.com: **Serbischer Präsident Vučić: Serbien wird der NATO nicht beitreten**

Serbien wird der NATO nicht beitreten. Das NATO-Bombardement vom Jahr 1999 war eine Aggression gegen das Land. Dies erklärte der serbische Präsident Aleksandar Vučić.

Am 3. April finden in Serbien Präsidentschafts- und Parlamentswahlen statt. Im Rahmen des Wahlkampfes an der Spitze der regierenden Serbischen Fortschrittspartei nahm Vučić am Samstag an einer Wahlkampfveranstaltung im Dorf Busije teil, in dem Flüchtlinge aus der serbischen Krajina in Kroatien leben. Dort sagte der serbische Präsident zu den Anwesenden: "Unsere Gegner sagen, wir sollten der NATO beitreten. Und meine Antwort an sie ist, dass wir der NATO nicht beitreten müssen, weil wir unsere eigene Armee haben, die unser Land und unseren Himmel verteidigt. Nicht weit von hier wurde Milica Rakić (*ein zweieinhalb Jahre altes Mädchen, das bei einem NATO-Bombenanschlag ums Leben kam*) getötet. Bald jährt sich die Aggression und wir werden nicht zögern, sie als Aggression und nicht als Intervention oder Kampagne zu bezeichnen."

Vučić fügte hinzu:

"Es ist sehr wichtig, Frieden und Stabilität zu erhalten. Ich werde nicht einmal über den politischen Druck sprechen, ich weiß, dass Sie ihn auch spüren. Die ganze Welt wird von Hysterie beherrscht, aber Serbien wird Tschaikowski (*einen russischen Komponisten*) niemals verbieten."

Im Jahr 1999 hatten bewaffnete Auseinandersetzungen zwischen albanischen Separatisten der Kosovo-Befreiungsarmee und der serbischen Armee und Polizei zu einer Bombardierung der Bundesrepublik Jugoslawien (BRJ) durch NATO-Truppen geführt. Das Land bestand damals aus den Teilstaaten Serbien und Montenegro. Die Militäroperation wurde ohne die Zustimmung des UN-Sicherheitsrates und aufgrund von Anschuldigungen westlicher Länder gestartet, denen zufolge die Behörden der Bundesrepublik Jugoslawien ethnische Säuberungen in der Autonomieregion Kosovo durchgeführt und damit eine humanitäre Katastrophe ausgelöst hätten. Die Luftangriffe des Nordatlantikkbündnisses dauerten vom 24. März bis zum 10. Juni 1999 und verursachten mehr als 2.500 Todesopfer, darunter 87 Kinder, und Schäden in Höhe von 100 Milliarden US-Dollar.



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.03/article/622cb10348fbef01e5674220.jpg>

18:09 (16:09) rusvesna.su: **Zum ersten Mal gab die Ukraine die Verluste ihrer Armee bekannt**

Der Präsident der Ukraine, Wladimir Selenskij, hat zum ersten Mal Verluste der ukrainischen Armee seit Beginn der militärischen Spezialoperation mitgeteilt - nach seinen Angaben wurden etwa 1.300 Soldaten getötet.

Dagegen beliefen sich die Verluste unter den Streitkräften der Ukraine, wie das Verteidigungsministerium der Russischen Föderation bereits am 2. März mitteilte, auf mehr als 2.870 Tote und etwa 3.700 Verwundete.

Unabhängige Militärexperten schätzen die Verluste der Streitkräfte der Ukraine und der Nationalgarde noch höher ein - mindestens 7.000 Menschen.



https://rusvesna.su/sites/default/files/styles/origin_wm/public/vsu_soldat_plachet.jpg

17:25 de.rt.com: **"Nur aus Russland und nur von Weißen": Luftwaffe der USA kaufte 2017 DNA-Proben von Russen**

Angeichts des Verdachts, dass die Vereinigten Staaten in ukrainischen Biolaboren an der Entwicklung biologischer Waffen gegen Russland geforscht haben, durchforsteten Blogger die Archive der staatlichen Ausschreibungen in den USA. Dabei fanden sie eine [Ausschreibung der amerikanischen Luftwaffe](#) aus dem Jahr 2017, in der zur Lieferung von DNA-Proben russischer Menschen aufgefordert wird.

Auf die Frage, ob auch Proben aus der Ukraine infrage kämen, lautet die Antwort der ausschreibenden Behörde:

"Nein. Alle Proben (Zellenmaterial und DNA) müssen in Russland eingesammelt worden sein und von Weißen stammen. Proben aus der Ukraine nehmen wir nicht an."

Eine Überprüfung der Angaben hat ergeben, dass die Ausschreibung in der Tat so, wie geschildert, [archiviert](#) ist.

abends:

18:10 de.rt.com: Paris kündigt nach Verhandlungen zwischen Macron, Putin und Scholz neue Sanktionen gegen Russland an

Die Länder der Europäischen Union bereiten sich auf die Verhängung neuer Sanktionen gegen Russland vor, die in den nächsten Stunden bekannt gegeben werden sollen. Dies wurde nach einem Telefongespräch zwischen dem französischen Präsidenten Emmanuel Macron, dem deutschen Bundeskanzler Olaf Scholz und dem russischen Staatschef Wladimir Putin bekannt gegeben, wie eine Quelle im Élysée-Palast am Samstag mitteilte.

Ihm zufolge habe Moskau "keinen Willen gezeigt, den Krieg zu beenden". Die Quelle sagte: "Wir werden in den nächsten Stunden neue Sanktionsmaßnahmen ergreifen."

Der Élysée-Palast erklärte, er werde "weiterhin maximalen Druck" auf Russland ausüben, um die Feindseligkeiten in der Ukraine zu beenden. Unabhängig davon wiesen Macron und Scholz Putin auf die katastrophale humanitäre Lage in Mariupol hin. Außerdem versicherte der Élysée-Palast, dass die ukrainischen Sicherheitskräfte nicht gegen humanitäres Recht verstoßen hätten.



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.03/article/622cd16f48fbef7ea70b1933.jpg>

18:12 de.rt.com: Psychologen wollen Ukraine-Krieg mit Brief an Putin stoppen

In einem offenen Brief wollen Psychologen aus rund 20 Ländern wollen mit einem offenen Brief den russischen Präsidenten Wladimir Putin zum Umdenken bewegen. Unterschrieben haben mehr als 50 Kollegen von den USA bis Polen, Norwegen, Südafrika, Indien und Pakistan.

Das Schreiben, initiiert von den hessischen Sozialpsychologen Rolf van Dick (Uni Frankfurt) und Ulrich Wagner (Uni Marburg) beginnt mit den Worten:

"Wir schreiben an Sie, um unser wissenschaftliches und praktisches Wissen über die Konsequenzen eines Krieges für denjenigen, der den Krieg beginnt, mit Ihnen zu teilen und einen Ausweg aus dieser gefährlichen Situation aufzuzeigen."

Mit dem Brief wollen sie Putin über "negative Effekte" seiner Politik in Kenntnis setzen, wie sie schreiben. Mit Verweis auf wissenschaftliche Fachliteratur erklären sie, welche Prozesse

der Krieg gegen die Ukraine im Einzelnen in Gang setzt. Letztendlich führe all das "zur Ablehnung, Isolation und physischer Bedrohung" der als verantwortlich geltenden politischen Führungspersonen.

Bürger auf beiden Seiten eines Krieges erlebten "nationale Isolierung", heißt es in dem Brief. Das führe zu einem Streben nach Veränderungen. Aus ökonomischen Krisen entstehe das Gefühl, benachteiligt zu sein "und dieses Gefühl ist häufig der Auslöser für Widerstand, Protest und Revolutionen gegen staatliche Institutionen".

"Eine Blase von 'Ja-Sagern'"

Die Erschaffung eines Weltbildes, in dem man selbst positiv und der Feind negativ erscheint, "bindet Ressourcen und führt dazu, dass die politischen Führungspersonen sich isolieren und in einer Blase von 'Ja-Sagern' enden – und sie sind immer der Gefahr ausgesetzt, dass ihre Lügen enttarnt werden", schreiben die Autoren.

Wenn keinerlei Sicherheit mehr bestehe, entwickelten Bürger ein starkes Bedürfnis nach Erklärungen:

"Dies führt letztlich zu einer Wahrnehmung der Situation wie sie wirklich ist: Die Menschen werden erkennen, wer für den Kriegsausbruch und all sein Leiden, Verletzungen und Tod verantwortlich ist [...] Aus unserer psychologischen Perspektive ist die wichtigste Empfehlung, unverzüglich mit Kriegshandlungen aufzuhören."

Weiter hieß es in dem Schreiben:

"Denken Sie noch einmal darüber nach, welche Ziele Sie mit dem Krieg verfolgen wollten und was Sie tatsächlich mit der Gewalt erreichen werden: für die russische Bevölkerung und für Sie persönlich!"

Der Brief schießt mit dem Appell:

"Bleiben Sie offen für Verhandlungen!"

Prof. van Dick hält es nicht für völlig ausgeschlossen, dass der Brief Putin erreicht, wie er der Deutschen Presse-Agentur sagte. Das Schreiben sei unter anderem auf einem Internetportal hochgeladen worden, über das russische Bürger dem Präsidenten schreiben können. Die Unterzeichner wollten auch die kritische Opposition in Russland erreichen und ein Signal an die Ukraine senden.



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.03/article/622b6c26b480cc67f869d5ec.jpg>

19:10 de.rt.com: Russische Experten beraten in ukrainischen Kernkraftwerken

Die Kernkraftwerke Saporoschkaja und Tschernobyl werden weiterhin von ukrainischem Personal betrieben, das von russischen Spezialisten beraten wird. Dies teilte der russische Staatskonzern Rosatom am Samstag mit. In der Erklärung heißt es:

"Auf Nachfrage teilen wir mit, dass die Leitung und der Betrieb der KKW Saporoschkaja und Tschernobyl von ukrainischem Betriebspersonal wahrgenommen werden. Ein Team aus mehreren russischen Spezialisten berät sie."

Es wurde auch darauf hingewiesen, dass die technische Unterstützung den vorrangigen Bedarf der Anlagen ermittelt, um den sicheren und nachhaltigen Betrieb der Kernkraftwerke zu gewährleisten. In der Erklärung steht auch:

"Insbesondere die Wiederherstellung der Stromversorgung von Tschernobyl und des physischen Schutzsystems des KKW Saporoschkaja ist mit der beratenden Unterstützung russischer Spezialisten im Gange."

Der Austausch zwischen russischen und ukrainischen Fachleuten finde regelmäßig in Sitzungen statt. Rosatom betonte, dass die Maßnahmen zur Gewährleistung des sicheren Betriebs der ukrainischen Kernkraftwerke in engem Kontakt mit der Leitung der Internationalen Atomenergie-Organisation (IAEO) durchgeführt werden.



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.03/article/622ce2dab480cc6ddc32ed79.jpg>

19:30 de.rt.com: **Serbischer Innenminister: "Hitler hätte Facebook genau so genutzt"**

In einem Exklusivinterview mit Sputnik Serbien hat sich der serbische Innenminister Aleksandar Vulin am Freitag entsetzt darüber gezeigt, dass Facebook Mordaufrufe und Gewaltfantasien gegen Russen dulden will.

Der serbische Innenminister Aleksandar Vulin reagierte in einem Interview mit Sputnik Serbien entsetzt auf die Entscheidung der Facebook-Betreibergesellschaft Meta, Gewaltaufrufe gegen Russen zuzulassen. Er befürchtet, dass damit eine Spirale aus Hassrede und Gewalt angestoßen wird:

"Wenn öffentliche Aufrufe zur Gewalt gegen Russen erlaubt sind, ist es dann vielleicht auch möglich, Menschen zu vergewaltigen oder zu foltern? Vielleicht können nun alle Pädophilen der Welt in Ruhe ihren Träumen von Gewalt gegen russische Kinder frönen? Und wie lange muss es dauern, bis auf die Worte die Aufforderung zum Handeln folgt?"

Vulin ist sich sicher, dass der Hass, der den Russen entgegenschlägt, nichts mit dem Konflikt in der Ukraine zu tun hat. Mit der russischen Intervention fand der jahrhundertlange Hass auf Russen und alle Slawen einen neuen Vorwand und eine neue Rechtfertigung. Es gehe auch nicht um Wladimir Putin, Alexander Lukaschenko oder andere Personen. Auch werde der in sozialen Medien geschürte Hass sich nicht auf russische Soldaten beschränken. Seine Folgen werden vielmehr die Schwächsten zu spüren bekommen. Vulin prophezeit:

"Heute fordern sie Putins Tod, morgen werden sie allen russischen Kindern den Tod wünschen."

Dabei sieht der serbische Minister düstere Zeiten aufziehen:

"Der Nationalsozialismus kehrt unter einem anderen Namen zurück, aber immer noch mit demselben Hass und zwangsläufig mit denselben Folgen. Ich bezweifle nicht, dass Hitler, wenn er Facebook gehabt hätte, es auf diese Weise genutzt hätte."

In Serbien finden am 3. April Präsidentschafts- und Parlamentswahlen statt. Auf einer

Wahlkampfveranstaltung am Samstag hat der amtierende Präsident Aleksandar Vučić erklärt, Serbien werde der NATO nicht beitreten. Einige seiner Konkurrenten befürworten dagegen einen Beitritt zur NATO und einen antirussischen außenpolitischen Kurs.

Meta bestätigte am Freitag, dass Hassreden, in denen zu Gewalt aufgerufen wird, jetzt auf Facebook und Instagram erlaubt sind – solange die Zielpersonen Russen sind und das Gesprächsthema sich auf Moskaus Militäroffensive in der Ukraine bezieht.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.03/article/622cd51a48fbef7b9d2ea39a.jpg>